

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn



Discussion Paper

C278
2023

Ralf Dahrendorf

**Europäische Integration
aus historischer Erfahrung**
Ein Zeitzeugengespräch mit
Michael Gehler



Rheinische
Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn

Center for European
Integration Studies

Genscherallee 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-946195-21-4

Professor Dr. phil. Ralf Dahrendorf (geb. 1. Mai 1929 in Hamburg; gest. 17. Juni 2009 in Köln) wurde als Sohn eines sozialdemokratischen Politikers in Hamburg geboren. Er war nach der Promotion in Hamburg und London und der Habilitation in Saarbrücken Professor der Soziologie in Hamburg, Tübingen und Konstanz. Seine politische Tätigkeit führte ihn 1969 in den Deutschen Bundestag und als Parlamentarischen Staatssekretär in das Auswärtige Amt. Von 1970 bis 1974 war er Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaft mit der Verantwortung für Außenhandel und Außenbeziehungen. Von 1974 bis 1984 war Dahrendorf Direktor der London School of Economics, von 1982 bis 1987 Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung und von 1983 bis 1987 Mitherausgeber der Zeitschrift *liberal*. Er lehrte u.a. an der Russell Sage Foundation in New York (1986-1987). Von 1987 bis 1997 war er Rektor (Warden) des St. Antony's College und von 1991 bis 1997 zudem Prorektor (Pro-Vice-Chancellor) der University of Oxford. 1982 wurde er von Königin Elisabeth II. als Knight Commander des Order of the British Empire (KBE) ehrenhalber ausgezeichnet. Nachdem er 1988 neben der deutschen auch die britische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, wurde der Ritterschlag durch die Queen 1989 nachgeholt, womit er die Nobilitierung in den persönlichen Adelsstand mit dem Prädikat „Sir“ erlangte. Am 15. Juli 1993 wurde er als Baron Dahrendorf of Clare Market in the City of Westminster zum Life Peer erhoben und erhielt damit einen Sitz im House of Lords. Dort war er zunächst Mitglied der Fraktion der Liberal Democrats und seit 2004 parteiloser Crossbencher. Dahrendorf wirkte in diesem Rahmen 1995 als Vorsitzender der Commission on Wealth Creation and Social Cohesion und als langjähriger Vorsitzender des Select Committee on Delegated Powers and Regulatory Reform bis 2006. Ab Januar 2005 war er Forschungsprofessor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Dahrendorf erhielt 1989 den Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa und war Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. 1997 wurde ihm der Theodor-Heuss-Preis für sein politisches und geisteswissenschaftliches Lebenswerk verliehen und 2002 wurde er als erster Preisträger mit dem Walter-Hallstein-Preis der Universität Frankfurt, der Stadt Frankfurt und der Dresdner Bank ausgezeichnet. Zu seinen zahlreichen Büchern gehören: „Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft“ (1957), „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ (1965), „Die Chancen der Krise“ (1983), „Die Reise von innen nach außen“ (1984), „Fragmente eines neuen Liberalismus“ (1987) und „The Modern Social Conflict“ (1988).

Dr. Michael Gehler, geboren 15. Januar 1962 in Innsbruck, außerordentlicher Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Institut für Zeitgeschichte, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1999-2006); Ordentlicher Professor, Stiftung Universität Hildesheim, Institut für Geschichte, Jean-Monnet-Chair für Europäische Geschichte der EU-Kommission (seit 2006); Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Wien (2013-17); seit 2021 auch Professor an der Andrassy Universität Budapest, zahlreiche Bücher zur Geschichte der Imperien, österreichischen, deutschen und europäischen Neueren und Neuesten Geschichte, zu den internationalen Beziehungen mit Bezug zum Kalten Krieg, zur deutschen Einheit, europäischen Integration sowie transnationalen Parteikooperation von Christdemokraten und Konservativen in Europa und Südtirolfrage.

Ralf Dahrendorf

Europäische Integration aus historischer Erfahrung¹

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Sehr geehrter Sir Ralf Dahrendorf! Gestatten Sie eingangs Fragen zur Herkunft und Ihrer wissenschaftlichen Biografie zu stellen. Sie wurden 1929 als Sohn des Genossenschafters und SPD-Reichstagsabgeordneten Gustav Dahrendorf in Hamburg geboren. Was können Sie uns über Ihren Vater und die Zeitumstände berichten?

Dahrendorf:

Der 1. Mai war und ist der Tag der Arbeit in Deutschland und daher ein Feiertag. Mein Vater, Sozialdemokrat mit Leib und Seele, und 1929 schon Mitglied der Hamburger Bürgerschaft sowie Redakteur der Parteizeitung *Hamburger Echo*, redete auf einem der Plätze der Hansestadt zu einer Versammlung Gleichgesinnter. Gegen halb elf Uhr morgens an jenem 1. Mai 1929 schob ihm jemand einen Zettel aufs Rednerpult, um ihm mitzuteilen, dass er gerade Vater eines Sohnes, seines ersten Kindes, geworden war. Gewiss verkündete er der versammelten Menge die freudige Nachricht; die Ge-

1 Dieses Gespräch erfolgt im Rahmen der Zeitzeugengespräche „Europäische Integration aus historischer Erfahrung“, die alle ehemaligen Kommissare aus Deutschland in Interviewform zu erfassen versucht. Bei bereits verstorbenen Kommissaren wurden ausgehend von deren zeitgenössischen Interviews, Publikationen, Schriften und Werken die Gespräche nachträglich rekonstruiert. In den Fußnoten zu den Antworten findet sich das Jahr der Aussage in Klammern, so dass eine historische Ein- und Zuordnung möglich ist. Die Antworten sind so tel quel übernommen worden wie sie im Original vorhanden waren.

Ralf Dahrendorf

nossen werden ihm Beifall gespendet haben für die exemplarische sozialistische Tat; dann entschwand er zum Barmbeker Krankenhaus, um den kleinen Ralf in Augenschein zu nehmen und die Hand der Mutter zu halten.

Für einen jungen aufstrebenden Politiker war es keine leichte Zeit. Deutschlands allzu kurzlebige erste demokratische Erfahrung, die Weimarer Republik, hatte ihre besten Jahre schon hinter sich, die Jahre nämlich vom Ende der Hyperinflation im November 1923 bis zum Beginn der großen Wirtschaftskrise im Oktober 1929. Zwei oft gewalttätige Auseinandersetzungen bedrohten Sozialdemokraten. Die eine war der Kampf gegen die steigende Flut des Nazismus. In den Reichstagswahlen vom September 1930 sprang der Stimmenanteil der Nazis plötzlich von unter 3 % auf 18 %. Der andere Kampf galt damals noch als Bruderkrieg in der Arbeiterbewegung. Kommunisten wandten sich gegen Sozialdemokraten und beschimpften sie unter anderem als „Sozialfaschisten“, was tatsächlich eher ihr eigenes Verhalten beschrieb als das der SPD. Meine Mutter erzählte gelegentlich, dass sie nie wusste, ob es Nazis oder Kommunisten waren, die meine Eltern vor ihrem Haus in einer der städtischen Wohnsiedlungen Hamburgs anrempelten und mehr als einmal Steine in das Wohnzimmerfenster warfen.

Mein Vater war 28, als ich geboren wurde. Nicht dass das für ihn so wichtig war wie später für mich; sein „bestimmtes Alter“ lag eher in den Mittvierzigern, deren Züge er früh schon trug. Mit 28 fand er sich auf einer trotz widriger Anfänge geradlinigen Bahn nach oben. Nach dem Abgang von der Volksschule 1915 hatte er als kaufmännischer Lehrling bei einer Firma im Papiergroßhandel begonnen. Als er seine Lehre beendete, prägten die Wirrnisse des Kriegsendes 1918-19 das Hamburger Geschehen. Eines Tages entdeckte der Chef den jungen Mann, wie er auf dem Rathausmarkt von einer Apfelsinenkiste vor einer eher zufälligen Ansammlung Reden hielt über die Untaten des Kaisers und die Notwendigkeit des Sozialismus jetzt. Der Chef war nicht gerade angetan von dem, was er sah und hörte. Mein Vater wurde entlassen und fand sich bald am Beginn einer ganz anderen, nämlich politischen Karriere als Sozialdemokrat.

Die Partei stellte ihn auf strenge Prüfungen; der Neunzehnjährige wurde nach Oberschlesien geschickt, um dort Bergleute in einer schlagkräftigen

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gewerkschaft zu organisieren. Er muss seine Pflichten zur Zufriedenheit seiner Oberen erfüllt haben, denn fortan ging es mit ihm aufwärts.²

Gehler:

Ihr Vater wurde, nachdem er 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte, nach kurzer Haft arbeitslos. Wie haben Sie selbst als junger Bursche die Zeit unter Hitler erlebt?

Dahrendorf:

In dieser Zeit, mit zwölf oder dreizehn, wurde ich zum Führer befördert, mit einer rotweißen Schnur am Braunhemd und der gelegentlichen Verantwortung für ein Dutzend Zehnjährige. Zur „Dienststellung“ kam der „Dienstgrad“ (oder auch umgekehrt), auf der ersten Stufe als „Hordenführer“. Die Nazis hatten ja eine ganze Nomenklatur der Führerschaft erfunden, mit einem eigentümlichen Bedeutungsfeld. Man wurde Führer einer „Horde“, auch einer „Rotte“, und wenn man ein ganz hohes Tier war, eines „Stammes“. Schon hatte Karl Popper im fernen Neuseeland begonnen, seinen „Beitrag zur Kriegsanstrengung“ zu schreiben, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Darin wird der Stamm als Inbegriff der geschlossenen Gesellschaft der Unfreiheit geschildert, was die Nazis mit unseligem Erfolg zu sein anstrebten.

Meine Eltern machten gute Miene zum bösen Spiel, sogar wenn einmal ein „Heimabend“ in unserem Keller stattfand [...]. Sie achteten aber auch darauf, dass das böse Spiel nicht ausartete. Als Kandidaten für die Jungenrolle in einem Aufmunterungsfilm – „Junge Adler“ hieß er, glaube ich – gesucht wurden, kam ich bis in die Endausscheidung in einem Studio in Babelsberg. Der Gewinner hieß Hardy Krüger, der dort seine Filmkarriere begann. Dann war die Rede von meiner Versetzung in eine der „Napolas“, der Nazi-Eliteschulen. Ich weiß nicht wie, aber irgendwie machten meine Eltern den Plan zunichte.³

2 Ralf Dahrendorf, Über Grenzen. Lebenserinnerungen, München 2. Auflage 2002, S. 34-35.

3 Ebd. (2002), S. 55.

Gehler:

Im Jahre 1935 wurden Sie eingeschult und besuchten ab 1938 das Gymnasium. 1941 siedelten Sie mit Ihrer Familie nach Buckow um, wo Sie die Internat Deutsche Heimschule Waldsiefersdorf besuchten. Ihr Vater war im Untergrund politisch tätig, wurde nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 verhaftet und zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuge dessen flog auch Ihre Rolle als Regimekritiker auf. Sie sollten in einem Gefängnis in Frankfurt/Oder interniert werden und kamen schließlich in ein „Erweitertes Polizeigefängnis“ bei Schwetig (heute polnisch Swiecko), wo Sie bis zum Eintreffen der Roten Armee festgehalten wurden. Ihr Vater war gegen die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der SBZ 1946 und so übersiedelte Ihre Familie von Berlin nach Hamburg, wo Sie Ihr Abitur machten. 1948 nahmen Sie an einem politischen Lehrgang im englischen Wilton Park teil. Anschließend studierten Sie Philosophie und Klassische Philologie an der Universität Hamburg und promovierten 1952 zum Thema „Der Begriff des Gerechten im Denken von Karl Marx“. Von 1952 bis 1954 studierten Sie an der London School of Economics, wo Sie bei Karl Popper hörten und zusammen mit David Lockwood und Basil Bernstein zu einem Kreis von Ph.D.-Studenten zählten, die von dem Soziologen A. H. Halsey betreut wurden. Ihr Doktorvater war Thomas H. Marshall. Welche Erinnerungen haben Sie an die LSE und was verbinden Sie mit ihr? Sie haben dort über das Thema der ungelerten Arbeitskräfte in der britischen Industrie gearbeitet.

Dahrendorf:

Im September 1952 fuhr ich nach London, bezog dort eine gemütliche Dachkammer in South Kensington ... und begann als postgraduate der Soziologie meine Studienzeit an der London School of Economics. Mit vollem Namen heißt sie London School of Economics and Political Science, oft abgekürzt zu LSE und unter ihren Verehrern einfach the School genannt, „die Schule“, als gäbe es nur die eine. Zudem ist sie natürlich keine Schule, sondern eine Universität, genauer gesagt ein weitgehend selbständiger Teil der losen Föderation von Hochschuleinrichtungen, die University of London heißt. ... Ein Meisterwerk wurde die lange Arbeit über *Unskilled Labour in British*

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

*Industry*⁴ denn auch nicht, wenngleich sie mich zwang, viel empirisches Material zu sammeln und manche Ideen zu prüfen, die mich noch jahrelang beschäftigten. Zum Beispiel konnte ich die schon bei Tocqueville angedeutete Beobachtung belegen, dass Revolutionen gerade nicht von den Ärmsten der Armen veranstaltet werden; auch klassenkämpferische Organisationen bilden nur die, die ein Licht der Hoffnung auf bessere Zeiten sehen. ... Für mich war das Ende der LSE-Zeit im Juli 1954 nur ein temporärer Abschied. Für die Vervollständigung meines Londoner Ph.D. musste ich ohnehin ein Jahr später noch einmal zurückkommen. Anfang der 70er Jahre machte die LSE mich zum Honorary Fellow. Dann kamen die zehn Jahre als Direktor. Vor der Jahrhundertfeier der School verbrachte ich noch einmal zwei Jahre dort mit der Arbeit an meinem Lieblingsbuch unter all den Publikationen auf meiner Liste, der *History of the London School of Economics 1895-1995*.⁵

Gehler:

Wie haben Sie als nicht studierter, aber werdender und praktizierender Soziologe die deutsche Soziologie zu Ihrer Zeit in Erinnerung?

Dahrendorf:

Der erste Deutsche Soziologentag, den ich besuchte, fand in Heidelberg statt; das Jahr war 1954. Ich war ein unscheinbarer geduldeter Gast und daher überrascht, als Alfred Weber mich persönlich angriff als einen der Jungen, die für die Amerikanisierung der deutschen Soziologie verantwortlich sind. In Amerika war ich bis dahin nur als Seemann gewesen. Theodor Heuss war dabei, der amtierende Bundespräsident ganz ohne Assistenten- und Polizistenschweif als normaler Konferenzteilnehmer. Er plädierte für eine Sozialwissenschaft ohne Fachgrenzen. Ein Hauch von Weimar umgab alle Diskussionen, ein Nachhall des geistigen Klimas der Weimarer Republik. Dass ich mir in diesem Kreise fremd vorkam, ist nicht überraschend.

4 Ralf Dahrendorf, *Unskilled labour in British industry* (University of London/London School of Economics), London 1956.

5 Dahrendorf (2002), *Über Grenzen*, S. 156, 159, 168; Ralf Dahrendorf, *A History of the London School of Economics and Political Science 1895-1995*, Oxford University Press 1995.

Für uns Jüngere bedeutete die Soziologie vor allem die Suche nach Wirklichkeit. Studiert hatte keiner von uns das Fach; die einen waren Philosophen, die anderen Ökonomen, und auch die Ökonomie, die von Edgar Salin in Basel zum Beispiel, trug philosophische Züge. Was wir nicht wollten, war Ideologie in jedweder Gestalt. Wo aber ist die Wirklichkeit zu finden? Nicht in der Fleet Street, wohin Karl Mannheim seine Studenten zur Sozialbeobachtung geschickt hatte, aber auch nicht in den Hörsälen und Korridoren der Universitäten, die später so viele Verlegenheitsthemen für Soziologie-Doktoranden abgeben sollten. Inbegriff der Wirklichkeit war für uns vielmehr die Industrie, und zwar die Schwerindustrie, also Stahl, damit Eisen und Kohle. Überdies war es der Großbetrieb, der unser besonderes Interesse weckte.⁶

Gehler:

Dazu passend: Sprechen wir noch näher über Ihre englische Dissertation!

Dahrendorf:

Meine englische Dissertation über ungelernte Industriearbeiter führte in ähnliches Gelände, jedoch mit einem wichtigen Unterschied. Auch für mich war die Industrie Inbegriff der Wirklichkeit. Allerdings war diese Wirklichkeit nicht nur durch die Arbeit und ihre Formen bestimmt, sondern sie war auch Quelle sozialer Ungleichheiten und Konflikte. Damit brachte ich (ohne es seinerzeit zu wissen) die Ansätze der deutschen und der englischen Soziologie nach dem Kriege zusammen. Für meine englischen Freunde war die Wirklichkeit die der Klassen. David Lockwood schrieb seine Dissertation über Angestellte als „falsche“ Klasse (*The Blackcoated Worker*) und machte sich dann gemeinsam mit John Goldthorpe und anderen an die großen empirischen Untersuchungen über den *affluent worker*, den Arbeiter in der „Gesellschaft im Überfluss“. Sind Arbeiter unter diesen Umständen noch eine Klasse? Ja, war die Antwort. Die anderen Londoner Freunde kamen für andere Themenbereiche zum gleichen Ergebnis. Manche hatten an der von David Glass geleiteten Untersuchung der sozialen Mobilität teilgenommen. Andere beschäftigten sich mit Bildungschancen. Sie alle fanden, was A.H.

6 Ebd. (2002), S. 176-177.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

(„Chelly“) Halsey in die knappe Formel fasste: „Die Ungleichheit der Klassen widersetzt sich störrisch allen sozialen Wandlungen.“⁷

Gehler:

Mit der Frankfurter Schule kamen Sie ja nur sehr kurz in Berührung. Was erlebten Sie im erlesenen Kreis der Vertreter der Kritischen Theorie? Dieser muss ja ein Kontrastprogramm zur Adenauer-Zeit gewesen sein oder irre ich da? In Ihren Erinnerungen sprechen Sie von einer „Heiligen Familie“.

Dahrendorf:

Am 1. Juli 1954 betrat ich zum ersten Mal den neudeutschen Zweckbau an der Frankfurter Senckenberg-Anlage, den das aus dem amerikanischen Exil heimgekehrte Institut für Sozialforschung sich als Sitz erkoren hatte. Eine vornehmere Anfangsstellung als die des Assistenten von Professor Max Horkheimer konnte es für den jungen Soziologen nicht geben. ... An jenem 1. Juli war mein neuer Dienstherr übrigens in Amerika, wohin er damals noch gelegentlich musste, um seine doppelte Staatsbürgerschaft zu erhalten, aber auch um seine Professur an der Universität Chicago wahrzunehmen. So empfing mich an seiner Stelle sein Partner Theodor W. Adorno. Er erzählte mir ausführlich von den Arbeiten des Instituts, die mir allesamt nach ganz normaler Sozialforschung klangen. Über die Haltung deutscher Studenten zu Universität und Gesellschaft hatte das Institut eine Reihe von Umfragen veranstaltet. Jetzt fände demnächst eine Sitzung der Rektorenkonferenz statt, auf der über die Ergebnisse berichtet werden sollte. Das sei für das Institut sehr wichtig, und er erwarte, dass ich in drei Wochen einen Bericht über die (mir bislang unbekannt) Forschungen vorlege. Ah ja, und dann sei da noch etwas. Ich wüsste ja sicher von den Studien der Authoritarian Personality, die sie in Amerika vorgenommen hatten. Nach der Rückkehr hätten sie nun etwas Neues versucht, das Experiment nämlich, Menschen nicht als Einzelne, sondern in Gruppen zu befragen. Es ging um die Deutschen und den Faschismus. Die durch einen „Grundreiz“ stimulierten Diskussionen ausgewählter Gruppen seien auf Band aufgenommen und abgeschrieben worden.

7 Ebd. (2002), S. 177-178.

Nun aber müsse man sie auswerten. Bislang sei damit einer beauftragt worden, der sich als „stupider Marktforschungstyp“ erweise. Ich solle mir doch das Material einmal ansehen; denn er, Adorno, hoffe, dass ich mehr daraus machen würde als der Marktforscher, der dann entlassen werden könne. ... Nun, 1954, wurden die Adenauerjahre zunehmend stimmungsprägend für alles im Land. Adorno und vor allem Horkheimer suchten Anerkennung in dem durch Marktwirtschaft und Westorientierung geprägten Umfeld. Das hieß, dass sie sich mit möglichst unauffälligen Schritten vom Ruf einer linken, gar marxistischen Haltung entfernten. Der große Ironiker Helmuth Plessner, damals schon Philosophie- und Soziologie-Professor in Göttingen, besuchte in dieser Zeit einmal Marx' Geburtsstadt Trier. Von dort schrieb er dem Frankfurter Paar eine Postkarte mit dem prägnanten Text: „Herzliche Grüße aus der Geburtsstadt unseres geliebten – Georg Friedrich Wilhelm!“ Georg Friedrich Wilhelm, das war natürlich Hegel. Waren die Frankfurter wirklich von Marx zu Hegel zurückgekehrt? In gewissem Sinne schon, obwohl sie mich eher an die Hegelsche Linke erinnerten. Es gibt die herrliche Endlos-Polemik von Marx und Engels gegen die Brüder Bruno und Edgar Bauer, der Marx den Titel gab: *Die Heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik*. Die Autoren entlarven immer neu eine gestelzte Sprache, die die Welt zum alleinigen Besitz derer machen soll, die solche vorgebliche Kritik betreiben. „Die kritische Kritik gibt sich als absolutes Subjekt. Das absolute Subjekt bedarf des Kultus. Zum wirklichen Kultus gehören dritte gläubige Individuen ... Die kritische Kritik, die nicht in der sündigen Welt zu Hause ist, muss in ihrem eigenen Hause eine sündige Welt etablieren.“ Leider habe ich den Plan nie verwirklicht, den Marx-Engelsschen Titel für eine Polemik gegen die „Frankfurter Schule“ auszuleihen. Auch sie hatte ja, wie die Brüder Bauer, den klaren Kantischen Begriff der Kritik in eine diffuse dogmatische Position umgewandelt, die „kritische Theorie“. Da war nichts mehr von kritischer Sondierung der Erfahrung, geschweige denn von Selbstkritik; es handelte sich um die Usurpierung des Begriffes der Kritik für eine eigentümlich geschlossene Gesellschaft. Denn eine Heilige Familie waren sie auch, die Frankfurter, nicht etwa eine moderne Lebenspartnerschaft, geschweige denn eine Beziehung auf Zeit, sondern eine ganz einnehmende, noch zukünftige Generationen mit Beschlag belegende Familie. Nur einer hat sich ganz

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

und gar aus der sektenhaften Abhängigkeit befreit, ohne zum Renegaten zu werden, das ist Jürgen Habermas. Sonst gibt es bis heute Sektenanhänger, die am liebsten jede Kritik der kritischen Theorie verbieten würden. Vielleicht war diese zugleich ein- und ausschließende Bindung einer der Reize der „Frankfurter Schule“ für eine orientierungslose Generation. Hinzu kam die Vieldeutigkeit der „kritischen Theorie“, die Fähigkeit, noch in der Anpassung an Marktwirtschaft und Westorientierung den Eindruck zu erwecken, man sei eigentlich antikapitalistisch und antiamerikanisch. ... Kurz vor Ende meines ersten Frankfurter Monats tat ich das Unerhörte und kündigte die Stellung. So verließ ich die gastliche Stätte Ende August, noch vor dem „stupiden Marktforscher“, zu dessen Verstoßung ich ausersehen war. Die Partner waren verblüfft, fanden aber bald eine Erklärung. Schon vor meinem Weggang (am 17.8.1954) schrieb Adorno an Horkheimer; ich sei „wohl der stärkste Beweis für unsere These, dass in einem strengen Sinn nach uns nichts kommt“.⁸

Gehler:

An der Universität des Saarlandes waren Sie Assistent und sollten dort habilitieren. Welche Erinnerungen haben Sie an Ihre Zeit im Saarland?

Dahrendorf:

Mir gefiel das Leben an der Grenze, als ich 1954 nach Saarbrücken kam. Nur wenige Kilometer weiter begann eine ähnliche und doch andere Welt. Kleinblittersdorf lag auf dieser Seite, gerade noch, aber die andere Hälfte des Dorfes war nun in Grosblidestroff umbenannt. Ich bekam mein Gehalt in französischen Franken. Im Zentrum von Saarbrücken winkte ein Wegweiser mit der Verlockung „Paris 399 km“. Die Professoren der Universität kamen aus allerlei Ländern. Mein unmittelbarer Vorgesetzter, Georges Goriely, war dennoch ein besonders bunter Vogel in ihrem Gehege. In Berlin als Sohn einer polnischen Mutter und eines französischen Vaters geboren, war er in Brüssel aufgewachsen; bald sollte er eine in Saarbrücken lehrende Engländerin heiraten. Der leicht chaotische Philosoph und Soziologe stand in dem Ruf, ein Trotzkiist gewesen zu sein. Kernstück seiner politischen Haltung –

8 Ebd. (2002), S. 169-171, 172-174.

wie übrigens auch meiner – war indes die immer wache Sorge vor der Wiederkehr des Nazismus. ...

Später, während des Abstimmungskampfes von 1955, ging es nicht mehr so lustig zu. Die Volksabstimmung, auf die sich der deutsche Bundeskanzler Adenauer und der französische Premierminister Mendès-France geeinigt hatten, gab Saarländern die Wahl zwischen einem europäischen Status für ihr Land und der Rückkehr in den als Bundesrepublik neu gegründeten deutschen Staatsverband. Goriely, ein österreichischer Professor und ich saßen in einem Gasthaus und redeten über das Für und Wider der Wahl zwischen Europäisierung und Germanisierung. Plötzlich stand ein Mann am Nachbartisch auf und näherte sich uns mit bedrohlicher Geste. „Wie kommen Sie als Ausländer dazu, so über mein Land zu reden?“ Unser österreichischer Kollege sprang auf und verdrückte sich eiligst. Goriely hingegen stellte sich dem Deutschen vor (der, wie sich erwies, den nicht unpassenden Namen Reich trug) und begann ein Gespräch, das mit einer Verabredung zum Angeln am kommenden Sonntag endete.

Mittlerweile schritt an der Universität die Germanisierung kräftig voran. Deutsche Professoren von Rang, darunter der Ökonom Herbert Giersch und der Jurist (und spätere Bundesminister) Werner Maihofer, brachten ihre Fakultät dazu, das Stimmrecht der französischen Kollegen zu suspendieren, da diese nur „abgeordnet“ seien und ihre Lehrstühle an Universitäten in Frankreich behalten hatten. Einige von uns Jüngeren organisierten eine Initiative gegen diese Entscheidung, die (wie wir es sahen) selbstverständliche Rechte von der Nationalität abhängig machte. Die ordentlichen Professoren hatten für solche Aufsässigkeit wenig Sinn.⁹

Gehler:

Wie haben Sie diese Grenzlandregion an der Saar empfunden?

Dahrendorf:

Ich hatte zu jener Zeit schon drei Pässe voller Visa und anderer Stempel. Zuweilen war es lästig, diese einholen zu müssen, doch habe ich nie in den Chor derer eingestimmt, die die Abschaffung aller Grenzen fordern. Grenzen

9 Ebd. (2002), S. 12-14.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

schaffen ein willkommenes Element von Struktur und Bestimmtheit. Es kommt darauf an, sie durchlässig zu machen, offen für alle, die sie überqueren wollen, um die andere Seite zu sehen. Eine Welt ohne Grenzen ist eine Wüste; eine Welt mit geschlossenen Grenzen ist ein Gefängnis; die Freiheit gedeiht in einer Welt offener Grenzen.¹⁰

Gehler:

Wie haben Sie namhafte Soziologen Ihrer Zeit wie Helmut Schelsky und René König in Erinnerung?

Dahrendorf:

Niemand hat die Zeichen der Zeit früher erkannt und publikumswirksamer beschrieben als Helmut Schelsky. Seine *Wandlungen der deutschen Familie* (1953) argumentierten, die Zeit des kriegsbedingten Familienzerfalls sei vorbei und es gebe eine neue Stabilität. Dieser Prozess finde aber in einer für die Jugend veränderten Welt statt; die Jungen seien nun *Die skeptische Generation* (1957). Dass das auch mit einer neuen Offenheit der Moral zu tun hat, hatte Schelsky schon in der *Soziologie der Sexualität* (1955) vermerkt. Am Ende des Jahrzehnts traten *Schule und Erziehung* (1957) als neues Thema in den Vordergrund. Schelsky setzte solche zeitbezogenen, auch ephemeren, aber damals vielgelesenen Veröffentlichungen fort, bis angesichts der Ereignisse von 1968 sein Kontakt zur Wirklichkeit abbrach und er sich in anti-intellektuelle Bitterkeit zurückzog.

Schelsky residierte lange Zeit in Hamburg, später in Münster. Bis zu seiner inneren Emigration war er ein Mann von bemerkenswerter largesse, der auch denen half, die ihm intellektuell eher fernstanden, ja ihn öffentlich kritisieren. Zum Beispiel hatte er viel für meine Bestellung zum Professor an der Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft getan. Sein Kölner Widerpart René König war demgegenüber eher geneigt, seinen eigenen Zirkel zu pflegen, auch wenn er dadurch keine Schule bildete. Sein großes Verdienst war es jedoch, die deutsche Soziologie mit der Weltentwicklung des Faches zu verknüpfen. Als ich 1956 zum ersten Mal einen Weltkongress für Soziologie

10 Ebd. (2002), S. 15.

in Amsterdam besuchte, war König Vizepräsident des internationalen Verbandes. Die Auseinandersetzungen mit Amerikanern und Russen über soziale Schichtung auf diesem Kongress haben in meiner Habilitationsschrift über „Soziale Klassen und Klassenkonflikt“ ihren Niederschlag gefunden.¹¹

Gehler:

Wie lautete das Thema Ihrer Habilitation?

Dahrendorf:

Ich hatte eine Schrift verfasst, die unter dem Titel *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*¹² (vor allem in der zwei Jahre später veröffentlichten erweiterten englischen Fassung) einigen Widerhall fand. Vor der Fakultät hielt ich einen Vortrag über „Sozialwissenschaft und Werturteil“. Das war mein Lebensthema, übertragen auf die theoretische Ebene, denn es ging um das Überschreiten von Grenzen. Sozialwissenschaft muss wertfrei sein, und praktische Tätigkeit, Politik zum Beispiel, ist nicht angewandte Wissenschaft. Insoweit war ich mit dem Heros der Soziologie, Max Weber, einig. Indes gibt es Weisen, beide zu verbinden, ohne den Unterschied zu verwischen. Man kann im Lauf eines Lebens von der Theorie in die Praxis wechseln, und manchmal sogar wieder zurück. Man kann auch die Grätsche versuchen und rittlings auf der Grenze von Sozialwissenschaft und Werturteil sitzen, als politischer Berater zum Beispiel.¹³

Gehler:

Zur Zeit der Habilitation 1957 waren Sie Assistent an der Universität des Saarlandes. Wie haben Sie diese Zeit erlebt?

Dahrendorf:

Das Jahrzehnt, das meinem 29. Geburtstag folgte, war ein Jahrzehnt erregender geistiger Entdeckungen. Am Anfang hatten diese viel mit Theorie und

11 Ebd. (2002), S. 179-180.

12 Ralf Dahrendorf, *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*, Stuttgart 1957.

13 Dahrendorf, *Über Grenzen* (2002), S. 14.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

ein wenig mit Analyse zu tun; am Ende dominierte die Analyse realer Entwicklungen, bis diese die Verlockung unwiderstehlich machte, an ihnen aktiv teilzuhaben.

Die Theorie suchte sozialen Wandel aus Konflikten zu erklären. Gesellschaft heißt immer auch Herrschaft, und Herrschaft bringt die Antagonismen hervor, die die Veränderung sozialer Strukturen bewirken. Eine Zeitlang glaubte ich, damit den theoretischen Hebel für das Verständnis historischer Prozesse gefunden zu haben; doch verlockte die praktische Anwendung zu sehr. Ich wandte mich der deutschen Gesellschaft zu und den großen Veränderungen, die unter meinen Augen vorgegangen waren.

Lange Zeit sahen die meisten meiner Freunde die Adenauerjahre als eine Zeit der Restauration. Wenige nahmen wahr, wie tiefgreifend die bedeutenden Entscheidungen Ludwig Erhards zur Durchsetzung der Marktwirtschaft das Land verändert hatten. Viele übersahen auch, dass die Wendung zum Westen den Abschied von den dumpferen Elementen des deutschen Selbstverständnisses bedeutet. Das Buch *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* erschien zwar erst 1965, aber es geht zurück auf Vorlesungen, die ich in Saarbrücken begonnen und dann in Hamburg fortgesetzt habe.¹⁴

Gehler:

Kommen wir nun zu den größeren zeitgeschichtlichen Hintergründen: Welchen epochemachenden historischen Stellenwert würden Sie dem Jahr 1945 beimessen?

Dahrendorf:

So täuschend ihre Genauigkeit sein mag, die Jahreszahlen prägen sich ein: 1914 der Beginn des Ersten Weltkrieges, 1917 die Russische Revolution, 1933 die NS-Machtergreifung, 1939 der Zweite Weltkrieg, darin ab 1943 der Holocaust. Die nächste Zahl indes markiert einen positiven Wendepunkt des Jahrhunderts, den ersten von zweien: 1945. Das Jahr sah die Zerschlagung des antiliberalen, antidemokratischen Imperialismus Deutschlands und Ja-

14 Ebd. (2002), S. 183-184; Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.

pans, insofern den Sieg der liberalen Ordnung. Für viele Länder Europas begann damit eine Zeit des Aufbaus. In den Vereinigten Staaten hatte sie schon früher angefangen. In vielen Ecken der Welt gab es Länder – Kanada, Australien und Neuseeland, einige lateinamerikanische Staaten, das bald in Israel verwandelte Palästina –, die an dem Aufbau teilhatten. Es entstand das, was später die Erste Welt genannt werden sollte, die Welt der OECD-Länder, die die 1945 gewonnene Freiheit für den ab 1948 stetig wachsenden Wohlstand nutzen konnten.

Dabei half die Vorgängerin der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC). Diese aber war wie der Marshall-Plan eine amerikanische Erfindung. Die Niederlage der Achsenmächte 1945 bedeutete das Ende ihrer Vormachtansprüche. Mit Japans co-prosperity-sphere in Asien ging Hitlers arroganter Anspruch dahin: „Denn heute gehört uns Deutschland, und morgen die ganze Welt“. Doch auch mildere Hoffnungen verloren ihre Kraft. Als John Maynard Keynes 1944 in Bretton Woods das Währungssystem der Nachkriegszeit ersann und vor allem mit seinem Amerika-Kollegen Harry Dexter White aushandelte, hatte er noch einen Rest von Hoffnung, dass das Pfund Sterling Ankerwährung bleiben könnte. Als Keynes zwei Jahre später starb, wusste er schon, dass der Dollar für den Rest des Jahrhunderts diesen Platz einnehmen würde.

Auch die Vereinten Nationen, die im Schicksalsjahr 1945 aus der Taufe gehoben wurden, waren von Anfang an eine stark von den USA geprägte Organisation. Mit Grossbritannien und dem China Tschiangkaichecks kamen zwei sozusagen „abhängige Alliierte“ in den Sicherheitsrat. Frankreich als weiteres ständiges Mitglied aufzunehmen, war eine freundliche Geste zum gleichen Zweck. Es blieb die Sowjetunion, die indes – so schien es – ausgepowert und ausgeblutet wie sie war, schwerlich eine besondere Rolle spielen würde.¹⁵

15 Ralf Dahrendorf, *Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak. Reden und Aufsätze*, München 2004, S. 226-227.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Das Jahr 1945 bedeutete auch die Teilung der Welt. Die Einigkeit der Anti-Hitler-Koalition ging ihrem Ende zu. Zeitlich wann und politisch woran machen Sie nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Zeichen eines globalen Ost-West-Konflikts den beginnenden Kalten Krieg in Europa fest?

Dahrendorf:

Das änderte sich rasch. Schon 1946 schrieb Botschafter George Kennan sein „langes Telegramm“ aus Moskau, in dem er Präsident Truman erklärte, dass Stalins Sowjetunion die internationalen Institutionen nur zu ihren eigenen finsternen Zwecken benutzen würde (und darum zum Beispiel kein Interesse an Währungsfonds und Weltbank habe). Zur gleichen Zeit hielt der zu Hause zwar abgewählte, aber mit Recht weltweit angesehene und angehörte britische Kriegspremier Winston Churchill zwei visionäre Reden. In Fulton in Missouri prägte er das Wort vom „Eisernen Vorhang“, der jetzt in Europa niedergehe, um liberale Demokratien und kommunistische Diktaturen zu trennen. In Zürich (wie später in Straßburg) redete er den kriegsmüden Nationen Europas ins Herz, ihre „Erbfeindschaften“ zu begraben und ein geeinigtes (Kontinental-)Europa zu schaffen. Stalins Sowjetunion schuf unterdessen mehr und mehr Regimes nach ihrem Muster und unter ihrer Knute. Die Vereinigten Staaten suchten daher neben der Sonderbeziehung mit Großbritannien in einem Vereinigten Westeuropa einen Partner im Kampf gegen das neue Weltreich im Osten. Der Kalte Krieg hatte begonnen. Die in diesen Nachkriegsjahren entstehenden Strukturen beherrschten zuerst Europa, dann die ganze Welt vierzig Jahre lang. Die Länder der entwickelten oder OECD-Welt erlebten einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung unter Bedingungen der politischen Stabilität. Zwar misslangen die frühen Ansätze zur politischen Union Europas – noch heute gibt es die Ruinen der diversen Versuche, den Europarat, die Westeuropäische Union, die Erinnerung an die Verteidigungsgemeinschaft und diverse französische Pläne –, aber in wirtschaftlicher Hinsicht arbeiteten mehr und mehr Länder in der EWG zusammen. Nicht nur die OECD, sondern auch die NATO band zudem die europäischen Länder an die Vereinigten Staaten. Für Europa wurde, zum

gelegentlichen Leidwesen Frankreichs, die *pax Americana* schon wirksam, als ihr weltweiter Charakter noch nicht überall sichtbar war.

Das ging viele Jahre lang gut. Walt Rostow, der den Prozess gemessen hat, sprach von den „bemerkenswertesten zwei Jahrzehnten des Wirtschaftswachstums in der neueren Geschichte“ nach 1950. Andere nannten die Nachkriegszeit sogar die *trentes glorieuses*, die dreißig glorreichen Jahre. Am Ende dieser Zeit kamen indes Störfaktoren auf, die das Bild zu trüben begannen.¹⁶

Gehler:

Wie haben sich in diesem Kontext die Vorhaben und Ziele der Sozialdemokratie entwickelt?

Dahrendorf:

Das sozialdemokratische Projekt blieb das Thema, aber die nach 1945 geschaffenen Rahmenbedingungen begannen zu wanken. 1969 setzte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sich neue Ziele, das berühmte Triptychon von *achèvement*, *approfondissement* und *élargissement*. Das erste, die Vollendung des Gemeinsamen Marktes, geschah so unvollkommen, dass es anderthalb Jahrzehnte später noch einmal angepackt werden musste. Erst 1985 entwarf die Einheitliche Akte ein konkretes Programm zur Schaffung eines europäischen Marktes, der diesen Namen verdient.¹⁷

Gehler:

Auf der einen Seite stehen nach 1945 die USA als Supermacht, die ein attraktives global wirksames Gesellschaftsmodell repräsentieren. Wie beurteilen Sie ihren Antipoden im Systemwettkampf?

Dahrendorf:

Das sowjetische Imperium auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges war von vornherein instabil. Die „industrielle Gesellschaft“ kommunistischer Bauart funktionierte – trotz westlicher Konvergenzideen – nie. Die Sowjetunion blieb Entwicklungsland, und die europäischen Satellitenstaaten

16 Ebd. (2004), S. 227-228.

17 Ebd. (2004), S. 229.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

kamen nur mühsam vom Fleck, zumal ihre Freiheitssehnsucht immer wieder erstickt wurde. Am 17. Juni 1953 führten in Ostberlin Demonstrationen der Bauarbeiter zu einem Volksaufstand; 1956 wurde eine regelrechte Revolution in Ungarn brutal niedergeschlagen; mehrfach in den 60er Jahren testeten polnische Führer die Grenzen ihres Spielraums der Liberalisierung; die große Hoffnung des Prager Frühlings von 1968 zerrann unter den Panzerketten der Warschauer Pakt-Armeen; die Ruhe der 70er Jahre erwies sich in den 80er Jahren als trügerisch. Nur in militärischer Hinsicht wurde die Sowjetunion zum ernsthaften Herausforderer der Vereinigten Staaten. Die „bipolare“ Welt war auch eine Welt der Angst. Mindestens einmal, in der Kuba-Krise von 1962, geriet sie nach Zeugnis der Beteiligten ganz nahe an den Rand des nuklearen Infernos. Zugleich machte die neue Macht im Fernen Osten sich bemerkbar. China blieb nach der revolutionären Machtübernahme durch Maos Kommunisten lange Zeit mit sich selbst beschäftigt. In den 70er und 80er Jahren indes wurde es nicht nur seinerseits zur Atommacht, sondern begann auch, unter dem Einfluss von Deng Tsiao-Ping, wirtschaftlich einen Weg einzuschlagen, der aus den Begrenzungen des Kommando-Kommunismus heraus zu wachsendem Wohlstand führen konnte. Es sah so aus, als würde eine multipolare Welt entstehen, ein „Pentagon“ sogar, rings um die Machtzentren Washington, Moskau, Peking, Tokio und – ja, Brüssel vielleicht, wenngleich hier schon die europäischen Verlegenheiten beginnen.¹⁸

Gehler:

Setzen wir mit dem Leitthema unseres Gesprächs und einer einfach klingenden, aber womöglich tiefergehenden Frage fort: Wie ist europäisches Interesse erfahrbar? Inwieweit trägt dazu die Mitgliedschaft in der Kommission bei?

Dahrendorf:

Es gibt, so wird man hoffen dürfen, auch politische Europäer, die solche Erfahrungen respektieren, ohne sie zu teilen. Dass es möglich ist, sich für europäische Aufgaben zu begeistern, haben nicht nur die Väter der Europäi-

18 Ebd. (2004), S. 230-231.

schen Gemeinschaft gezeigt. Es ist dennoch nicht nötig, die Maximen europäischen Handelns, das Bewegungsgesetz der europäischen Konstruktion in jenen Winkeln des menschlichen Bewusstseins zu suchen, in dem die nationalen Gefühle, die legitimen sowohl wie die unmäßigen, ihren Platz hatten und haben.

Mir scheint, dass ein europäisches Interesse erfahrbar ist, ohne mühsame Konstruktion aus dem Nationalen und ohne bemühte Emotion. Es ist zunächst erfahrbar, wenn man Europa verlässt und von außen betrachtet. Dazu hat niemand so gute Gelegenheit wie die Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaft. Wenn sie auf Reisen gehen oder mit Vertretern anderer Staaten konfrontiert sind, haben sie kein einzelnes Land hinter sich, auf das sie zurückfallen könnten. Gewiss, auch die Regierungschefs und Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben in den letzten Jahren entdeckt, dass sie in der Welt immer zugleich als Holländer, Franzosen, Deutsche und als Europäer gefragt sind; im Zweifel aber können sie das Thema wechseln und von den Landerechten ihrer Luftlinien sprechen. Die Kommissare der Gemeinschaft können das nicht, ganz gleichgültig, ob sie bevollmächtigte Sprecher der Gemeinschaft sind oder nicht. Für die Welt repräsentieren sie die Europäische Gemeinschaft und erfahren so, was die Welt von dieser erwartet.¹⁹

Gehler:

Auf welche Gründe ist eigentlich die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft zurückzuführen?

Dahrendorf:

Die Europäische Gemeinschaft, so wie wir sie heute kennen, ist in gewisser Weise geboren aus der Enttäuschung über die Unmöglichkeit, den direkten Weg zur politischen Union zu gehen. Das Scheitern des Plans einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954, das Gelingen der gleichzeitig konzipierten, seit 1952 realisierten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, haben den Boden geschaffen, auf dem eine Idee gedeihen

19 Ralf Dahrendorf, Plädoyer für die Europäische Union, München – Zürich 1973, S. 72-73.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

konnte, deren intellektuelle Brillanz nur von ihrer politischen Unwahrscheinlichkeit erreicht wird. Dieser Idee hat man den Namen „Funktionalismus“ gegeben; sie bezeichnet Größe und Grenze der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; ihr wohl klarster und orthodoxester Vertreter, Walter Hallstein, hat sie in seinem Buch über den „Unvollendeten Bundesstaat“²⁰ dargelegt. Funktionalismus bedeutet, dass der europäische Zug, wenn man ihn in Rom auf eine Schiene setzt, die in Brüssel endet, notwendig auch in Brüssel ankommen wird. Den Zug auf die Schiene setzen: das ist ein scheinbar geringfügiger, in Wahrheit weltgeschichtlicher politischer Akt, also die Ratifizierung der Römischen Verträge.²¹

Gehler:

Das nennt die politikwissenschaftliche Forschung der Integrationstheorien Funktionalismus. Was bedeutet dieser im Kern? Kann, ja muss man diesen mit Walter Hallstein in Verbindung bringen?

Dahrendorf:

Hallstein hat diesen Gedanken fortentwickelt, in seinem Buch wie vorher in seiner Praxis als deutscher Staatssekretär und Präsident der Europäischen Kommission. Freier Warenverkehr betrifft alle Wirtschaftsbereiche. Wenn einer von diesen selbst nicht marktwirtschaftlich organisiert ist, wie das für die Agrarpolitik gilt, und wenn die Interventionen und Subventionen sich nicht abschaffen lassen, dann muss man „etwas so fundamental Neues, etwas so Umstürzendes wie eine gemeinsame europäische Agrarpolitik“ schaffen. Diese beginnt mit gemeinschaftlichen Marktordnungen, denen gemeinschaftliche Preise folgen („Preise, die im gesamten Raum der Gemeinschaft gelten, von Schleswig-Holstein bis Sizilien, von Passau bis Le Havre“). Solche gemeinsamen Preise verlangen jedoch unter währungspolitischen Gesichtspunkten eine Garantie der Stabilität; daher muss eine gemeinschaftliche „Rechnungseinheit“ geschaffen werden, in der man sie ausdrückt.

„Diese außergewöhnliche Konsequenz der Agrarpreispolitik ist natürlich zeitlich begrenzt: sie erledigt sich in dem Augenblick, in dem die Währungsunion zustande kommt.“

20 Walter Hallstein, *Der unvollendete Bundesstaat*, Düsseldorf 1969, S. 20.

21 Dahrendorf, *Plädoyer* (1973), S. 76.

So erzwingt die Agrarpolitik aus sich selbst die Währungsunion. Diese verlangt ihrerseits gemeinsame Steuerpolitik, Budgetpolitik, Konjunkturpolitik, sie verlangt umfassende Rechtsharmonisierung und gemeinsames Außenverhalten.²²

Gehler:

Das sind dann die berühmten „spill over“-Effekte.

Dahrendorf:

Bleiben wir bei Hallsteins Beispiel, der Agrarpolitik. Sie ist übrigens in auffälliger Weise nur Beispiel; von Landwirten redet Hallstein im Grunde nicht, von ihren Einkommenssorgen und Lebensplänen, und von den Portemonnaies der Verbraucher auch nicht. Aber von der Qualität dieser sachlogischen Agrarpolitik wird ohnehin noch die Rede sein. Hier geht es zunächst um etwas anderes. Hallstein freut sich offenbar über die Notwendigkeit der gemeinsamen Preise „von Schleswig-Holstein bis Sizilien, von Passau bis Le Havre“; heute könnte er Skagen und County Donegal noch hinzufügen. Aber ist es eigentlich ein politischer Erfolg, solche Gemeinsamkeiten zustande zu bringen? Hat man etwas Vernünftiges erreicht, wenn man der vielfältigen Realität ein gleichartiges Muster aufgeprägt hat? Ist Harmonisierung ein sinnvolles Ziel? Die Geschmäcker – so haben die Beamten der Kommission bei der Ausarbeitung einer Richtlinie zur Harmonisierung von Brotsorten festgestellt – sind (leider?) verschieden; es wird schwierig sein, sie anzugleichen; daher muss man zunächst ein Euro Brot erfinden, das mit bevorzugten Handelsmöglichkeiten neben die bestehenden Sorten tritt. Das Denken in solchen Kategorien, so ärgerlich für die Menschen in Europa, ist auch ein Ausfluss des Glaubens an die Logik der Dinge, die Gemeinsamkeit als Gleichartigkeit erzwingt und auf diese Weise Europa vermeintlich voranbringt.²³

22 Ebd. (1973), S. 77; Hallstein, Bundesstaat, S. 22-24.

23 Ebd. (1973), S. 78.

Gehler:

Das klingt sehr kritisch, was Sie äußern. Neben Hallsteins Funktionalismus gab es auch den Föderalismus von Altiero Spinelli als Theoretiker. Wie stehen Sie zu ihm und was ließe sich Kritisches gegen ihn vorbringen?

Dahrendorf:

So wie man Hallstein als Haupt der europäischen Funktionalisten bezeichnen mag, so ist der hier zitierte Altiero Spinelli das Haupt der europäischen Föderalisten. Er hat wie Hallstein seine Theorie nicht nur entwickelt, sondern auch praktiziert; und was heute in Europa an europäischer Realität existiert, verdankt beiden Männern viel. Überdies lässt sich die These, dass man zuerst die Institutionen schaffen und dann die Lösungen suchen muss, durchaus belegen. Vermutlich würden die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft sich nicht oder nicht so intensiv treffen, wenn die Verträge und die auf ihnen beruhenden Institutionen sie nicht dazu zwingen würden.

Aber genau an diesem Punkt melden sich schon die Zweifel: Gemeinsame Institutionen garantieren eine gemeinsame Politik – aber garantieren sie auch eine gute Politik? Mehr noch: Kann nicht der Zwang zu Entscheidungen in einem festgelegten Korsett eine gute Politik geradezu erschweren? Und vor allem: Ist es denn wahr, dass die gemeinsame Agrarpolitik, das bisher ehrgeizigste Beispiel der föderalistischen Verfahrenslogik, „das europäische Empfinden, das es in jedem Land gibt, verstärkt“ hat? Hat der Formalzwang der bestehenden Institutionen nicht vielmehr immer neue Verrenkungen nötig gemacht, die Europa Schritt für Schritt von den Europäern entfernt haben? Das hängt, so mag man sagen, weniger an den Institutionen als an der Art und Weise, in der sie benutzt werden; und es ist schwer, dieses Argument von der Hand zu weisen. Man kann auch schlechte Institutionen zu guten Zwecken nutzen, wenn man das will. Aber das ist ja der Zweifel, der diesem Plädoyer zugrunde liegt: dass die Fixierung des ersten Europa auf institutionelle Formeln, auf „ein europäisches Zentrum gemeinsamen Handelns“, nicht weiterführt, sondern ablenkt von den Aufgaben, die es zu lösen gilt.²⁴

24 Ebd. (1973), S. 80-81.

Gehler:

Wie weit sind Sach- und Verfahrenslogik historisch einzuordnen?

Dahrendorf:

Die Europäische Gemeinschaft ist als Zollunion und mit den Institutionen, zu denen auch eine Kommission gehört, entstanden. Sachlogik und Verfahrenslogik haben hier ein historisches Werk getan. Aber für eine gewisse Zeit, deren Höhepunkt wohl in der berühmten Krise von 1965-66 lag, hat sich Europa in der esoterischen Welt der Sachlogik und der Verfahrenslogik verfangen. Die Nachwehen dieser Periode sind noch immer spürbar. In wichtigen Punkten hat Europa, hat sogar die Europäische Gemeinschaft heute Abschied genommen von den dogmatischen Querelen und Begrenzungen des ersten Europa, und das ist gut so. Denn wir müssen uns im europäischen Interesse entschließen, reale Probleme so zu lösen, wie sie sich uns stellen. Das Bild, das sich daraus ergibt, ist weniger klar, weniger konsequent, jedenfalls weniger geradlinig, als die Schiene von Rom nach Brüssel. Europa entbehrt jetzt einer angenehmen Systematik ebenso wie der vermeintlichen Gewissheit, dass es sein Ziel ja gar nicht verfehlen kann. Dafür riskiert es nicht, durch einen Unfall völlig aus dem Gleis geworfen oder aber zur Spielzeug-Eisenbahn zu werden, in der kein Mensch jemals reist. Probleme, die weder national noch weltweit angemessen gelöst werden können, sind europäisch anzupacken und gemeinsam zu lösen. Daraus entstehen die Materialien, die eines Tages die Europäische Union möglich machen.²⁵

Gehler:

Wie lautet Ihr Gesamturteil über Walter Hallstein und seine Theorie von der „Sachlogik“ als Movers der europäischen Integration?

Dahrendorf:

Der erste Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Walter Hallstein, war sich der Kluft zwischen Anspruch und Realität Europas wohl bewusst. Indes beunruhigte ihn diese nicht sonderlich. Er hatte nämlich seine eigene Theorie, wie diese Kluft geschlossen werden könnte, ja fast gezwungenermaßen geschlossen werden würde. Geradezu liebevoll brachte er hier

25 Ebd. (1973), S. 81-82.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

den Begriff einer „nie versagenden Sachlogik“ ins Spiel, die er für den „letzten Faktor der europäischen Einigung“ hielt. Die „Sachlogik“ ist „eine anonyme Kraft“, auch wenn sie „nur durch menschlichen Willen“ wirkt. Die Kraft, „die dem Werk innewohnt“, lässt sich auf die simple Formel bringen: „Wer A sagt, muss auch B sagen.“

In dem Abschnitt seines großen Werkes Die Europäische Gemeinschaft über „Die Sachlogik“²⁶ legt Hallstein dar, was er meint. Der Gemeinsame Markt ist der erste Schritt. (Hallstein wusste natürlich, dass er es tatsächlich nicht war, sondern dass vor ihm Projekte der politischen Union und der Verteidigungsgemeinschaft gescheitert sind.) Wo aber marktwirtschaftliche Regeln nicht gelten, sondern staatliche Politiken ins Spiel kommen, „bleibt nichts anderes übrig, als diese Politiken unter eine gemeinschaftliche Disziplin zu nehmen“. Das ist der Grund für „etwas so fundamental Neues, etwas so Umstürzendes wie eine gemeinsame europäische Agrarpolitik“. Diese wiederum verlangt nicht nur Marktordnungen, sondern gemeinschaftliche Preise. Dabei ist die Rechnungseinheit nur ein erster Schritt; am Ende wird die Währungsunion zwingend. Ihr folgt die Steuerpolitik, die Haushaltspolitik, die Wirtschaftspolitik. Als bald wird deutlich, „dass die psychologische Kettenreaktion der Integration nicht an den Grenzen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Halt macht“. Außen- und Verteidigungspolitik müssen folgen, denn „alle Politik ist eine Einheit“. Die in der Theorie eindrucksvolle Konzeption hat in der Praxis zwei folgenschwere Schwächen. Die eine liegt darin, dass die „Sachlogik“ eben doch zuweilen, und zwar gar nicht so selten, versagt. In der Politik sagen viele A, ohne dann B zu sagen, und zum E und U kommen sie nie. Die andere Schwäche ist, dass in der Welt der „Sachlogik“ Demokratie sozusagen entbehrlich wird. Die Volksabstimmungen zu von Regierungen in Maastricht oder Nizza ausgehandelten Verträgen kommen da nicht vor. Beide Schwächen haben einen gemeinsamen Kern: die zugrundeliegende Konzeption ist nicht politisch. Ihr fehlt der Blick auf die Legitima-

26 Walter Hallstein, Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf – Wien 1973, S. 21-26.

tion durch die Wahlbürger. Um aber den Aspirationen ihrer Verfechter gerecht zu werden, muss die Europäische Union politischer werden, nämlich konkreter entscheidungsbezogen und zugleich demokratischer.

An Beispielen für das, was Not tut, fehlt es nicht. Wenn es je einen Schritt im europäischen Integrationsprozess gab, der eine „Sachlogik“ in Gang setzte, dann war es die Einführung des Euro in zwölf Ländern der EU. Nicht nur – so konnte man annehmen – würde der Euro bald zur generellen Europa-Währung werden, sondern er würde auch zwingend zur Koordination und am Ende zur Integration der nationalen Wirtschaftspolitiken führen. An beidem sind indes auch Zweifel möglich. Nach der Erweiterung werden nur noch die Hälfte der EU-Mitglieder zu Euroland gehören. Das britische Euro-Referendum stößt auch aus auf dem Kontinent unterschätzten guten Gründen auf Widerstand bei Parteien und Wählern. Und was die gemeinsame Wirtschaftspolitik betrifft, so stehen ihr beträchtliche Hindernisse in nationalen Traditionen und Interessen im Wege. Zuweilen stellt sich die Frage, ob die gemeinsame Währung nicht eher der Schlussstein des Binnenmarktes als der Beginn einer neuen Phase wirtschaftlicher Integration ist.

Die „Sachlogik“ funktioniert also nicht. Es gibt sie nur in der Theorie; die Realität hat ihre eigene Logik. Es müssen andere als Hallsteins Wege gefunden werden, um die Kluft zu schließen.²⁷

Gehler:

Das britische Euro-Referendum fand dann auch gar nicht statt und zur europäischen Einheitswährung Euro kommen wir noch. Kehren wir zunächst zu den Anfängen mit folgender Frage zurück: Welche Erwartungen und Perspektiven waren mit der Formationsphase der westeuropäischen Integration beginnend mit den 1950er Jahren verbunden und wie würden Sie den Bogen bis zum Unionsvertrag von Maastricht schlagen?

Dahrendorf:

Indes sahen nur wenige in den 1950er Jahren die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) als Keimzelle einer Europäischen Union. Seinerzeit wurden unmittelbarer politische Wege gesucht, vorgeschlagen und

27 Dahrendorf, *Wiederbeginn* (2004), S. 308-309.

bis zu Vertragsentwürfen ausgehandelt. Seinerzeit war übrigens auch Frankreich die treibende Kraft, der „Führer“, wie Churchill es erhofft hatte. Vielmehr spielten französische Regierungen diese Rolle, sowohl im Entwurf einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) als auch im Vorschlag der Schaffung einer Politischen Behörde für eine „Europäische Gemeinschaft supranationalen Charakters“ nach dem Muster der EGKS. Aber die Regierungen waren ihren Völkern zu weit vorausgeeilt. Die EVG scheiterte 1954 im französischen Parlament, woraufhin auch der Plan einer politischen Union fallengelassen werden musste. Stattdessen wurde die NATO um Deutschland erweitert, und in Europa begann der unselige Prozess, der uns bis heute begleitet: der Prozess des Versuches, politische Ziele mit dem Mittel der wirtschaftlichen Integration zu erreichen.²⁸

Gehler:

Wie ging es mit der Integrationspolitik weiter?

Dahrendorf:

Die Tatsachen sind vertraut. 1957 wurde der Vertrag von Rom in den Parlamenten von sechs Ländern ratifiziert: Italien, den Benelux-Ländern, Frankreich und Deutschland (dieses Mal mit den Stimmen einiger, wenn auch nicht aller Sozialdemokraten). Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) begann ihre Existenz 1958, zusammen mit der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom). Zehn Jahre später wurden die EGKS, die EWG und Euratom verschmolzen zu den Europäischen Gemeinschaften (EG).²⁹

Gehler:

Étienne Davignon hat als Vizepräsident der Europäischen Kommission durch seinen nach ihm benannten Bericht 1970 die Europäische Politische Zusammenarbeit (EZP) vorgeschlagen. Wie haben Sie diesen in Erinnerung und was ergab sich daraus für den Einigungsprozess?

28 Ebd. (2004), S. 154.

29 Ebd. (2004), S. 154-155.

Dahrendorf:

Die politische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Davignon-Formel ist ein Beitrag zur europäischen Zukunft, eine Wegmarke zur Europäischen Union. Ich will es mir ersparen, eine Theorie zu entwickeln aus einer Haltung, deren Prinzip es gerade ist, vorschnelle Konsistenz und ideologische Vollkommenheit zu vermeiden. Immerhin ist ersichtlich, dass die Abkehr von den europäischen Zwangsvorstellungen, der ich hier das Wort rede, Folgen hat für viele Bereiche und Themen. Eine Harmonisierung um jeden Preis gibt es in dieser Perspektive ebenso wenig wie den abstrakten Zwang zu einer agrarpolitischen Gemeinsamkeit, die den Bedürfnissen der Landwirte und Verbraucher nicht entspricht, oder die unlösliche Verbindung von Währungsunion, Wirtschaftsunion und „flankierenden“ Politiken. Die Befreiung für die realen Probleme, die das zweite Europa, in dem wir leben, heute schon kennzeichnet, sollte Prinzip der Fortschritte sein, die Europa in den kommenden Jahren sucht.

Die neue Unbefangenheit einer solchen Haltung ist nicht das letzte Wort der europäischen Entwicklung. Das zweite Europa – wenn die Phase der massenhaften gemeinsamen Lösung von Problemen überhaupt einen zusammenfassenden Namen braucht – ist eine Zwischenphase; in ihr wird der Weg zur Europäischen Union markiert. Der Name dieses Ziels ist alt; die Pariser Gipfelkonferenz hat es nicht erfunden, sondern neu belebt. Es lässt sich sogar im Vertrag von Rom aufspüren, in dessen Präambel von 1957 von dem „festen Willen“ die Rede ist, „einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“. Das ist auf Französisch „une union ... entre les peuples européens“ und auf Italienisch „una unione ... fra i popoli europei“. Das, was die Europäische Union kennzeichnet, ihr sachlicher und institutioneller Inhalt, ist dennoch neu. Ihn zu entwickeln ist die Aufgabe des nächsten Jahrzehnts.

Ich verstehe das Pariser Schlusskommunique so, dass in ihm ein Unterschied gemacht wird zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union.³⁰

30 Dahrendorf, Plädoyer (1973), S. 84-85.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

1973 ist ein wichtiges Jahr der europäischen Integrationsgeschichte.

Dahrendorf:

1973 fand die erste bedeutende Erweiterung der EG statt und Großbritannien betrat die Szene. Nach den turbulenten 1970er Jahren mit dem Scheitern des ersten Projekts einer Währungsunion, und den erfolgreichen 1980er Jahren, in denen die Einheitliche Akte zur Vollendung nicht nur des Gemeinsamen, sondern des nun so genannten Binnenmarktes ohne nichttarifäre Handelshemmnisse führte, entwarf der Vertrag von Maastricht 1991 ein neues Programm, zu dem die Umbenennung der EG in Europäische Union (EU) gehörte. Seitdem, wenn nicht schon früher, begab sich die Europäische Union ernstlich auf Irrwege.³¹

Gehler:

Bevor wir dazu kommen: Dazwischen gab es ein wegweisendes Ereignis: das Gipfeltreffen in Den Haag, gefolgt von Ihrer Nominierung als EG-Kommissar. Was wussten Sie von den Europäischen Gemeinschaften vor Ihrem Amtsantritt in Brüssel, wie erlebten Sie Ihren Start in Brüssel und wie haben Sie die dortigen Verhältnisse wahrgenommen?

Dahrendorf:

Im Dezember 1969 fand in Den Haag eine besonders folgenreiche Gipfelkonferenz statt. Hier wurde das französische Veto gegen den britischen Beitritt endlich aufgehoben. Zudem wurden wichtige Schritte zur Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit beschlossen. Ich war daher froh als ich, nach einer Zeit als Parlamentarischer Staatssekretär in Willy Brandts Regierung, im Juli 1970 als einer der deutschen Kommissare der EG nominiert wurde. Meine Verantwortung für Außenhandel und Außenbeziehungen machte den Wechsel besonders reizvoll. Indes wusste ich wenig über die EG, ihre Organisation und ihre Kultur, als ich in Brüssel ankam. Im deutschen Auswärtigen Amt wurde die Thematik deutlich als zweitrangig behandelt, was schon an der Amtsbezeichnung des höchsten für Europa verantwortlichen Beamten deutlich wurde, denn dieser war nicht Staatssekretär *des* Auswärtigen Amtes

31 Dahrendorf, Wiederbeginn (2004), S. 155.

(eine dem für allgemeine Politik zuständigen Beamten vorbehaltene Bezeichnung), sondern nur Staatssekretär *im* Auswärtigen Amt. Indes fand ich in Brüssel bald heraus, was gespielt wurde, und ich mochte es nicht. Gewiss mochte ich meine Kollegen, vor allem den großen Europäer Altiero Spinelli, ein Opfer sowohl von Hitler als auch von Stalin und doch ein unverbesserlicher Idealist; oder Sicco Mansholt, den beharrlichen Erfinder und vor allem Verteidiger der Gemeinsamen Agrarpolitik; oder auch den klugen zukünftigen französischen Premierminister Raymond Barre, der seinerzeit verantwortlich war für das Projekt der Währungsunion. Aber was die Institution selbst betraf, wurde ich bald zum Skeptiker.³²

Gehler:

Woraus erwuchs Ihre zunehmende Skepsis?

Dahrendorf:

Im Juli 1971, ein Jahr nach meiner Ankunft in Brüssel, konnte ich nicht mehr an mich halten. Ich veröffentlichte unter dem Pseudonym „Wieland Europa“ eine Reihe von Artikeln in der Wochenzeitung *Die Zeit* mit dem Titel „Über Brüssel hinaus: Plädoyer für ein Zweites Europa“. Die Artikel erwiesen sich als explosiv. Meine Argumentation hatte ein einfaches Thema. Wir haben das Ende der Nützlichkeit der ursprünglichen Verträge erreicht. Der Widerspruch zwischen ihren politischen Zielen und der Alltagsrealität der Europäischen Gemeinschaften ist nur allzu deutlich. Die supranationalen Illusionen der europäischen Anfänge haben sich als Hindernis und nicht als Antrieb für reale politische Zusammenarbeit erwiesen. Der unlogische Weg nach Europa hat uns in eine Sackgasse geführt: es gibt die Logik einfach nicht, die Länder zwingen würde, von einer problematischen Agrarpolitik zur Währungsunion, und von der wirtschaftlichen zur politischen Einheit voranzuschreiten. All das war in meinen Artikeln mit höchst zitierfähigen – und bald vielzitierten – Formulierungen garniert wie zum Beispiel: „Es gibt Situationen, in denen die Kommission eher Mitleid als Respekt erregt.“ Oder: „Ein Demokrat muss sich schämen, wenn er erwachsene Parlamentarier dabei sieht,

32 Ebd. (2004), S. 155-156.

wie sie die Farce aufführen, die sie zehnmal im Jahr in Straßburg und Luxemburg spielen müssen.“³³

Gehler:

Wie lange blieben Sie als Autor unerkannt und welche Wirkungen hatten diese *Zeit*-Artikel?

Dahrendorf:

Mein Pseudonym blieb nicht lange geheim, und es war auch nicht sehr klug von mir zu glauben, dass ich die Welt davon überzeugen könnte, zwischen dem Autor und dem Kommissar Dahrendorf zu unterscheiden. Dennoch führte ein europaweiter Aufschrei nicht zu meinem Rücktritt oder meiner Amtsenthebung. Das Parlament verbrachte am 23. September 1971 eine spannungsreiche Stunde mit „Wieland Europa“, in der nur der italienische Kommunist namens D'Angelosante mich unterstützte. Die Kommission indes zeigte sich großzügig. Raymond Barre sagte, dass er nichts tun würde, das einen Schatten auf die deutsch-französischen Beziehungen werfen könnte, und Sicco Mansholt erinnerte sich, dass er als junger Mann auch manche Dummheiten gemacht hatte. Ich entschuldigte mich, und vieles wurde vergeben, wenn auch vielleicht in jenen Tagen der Keim meiner späteren englischen Inkarnation gelegt wurde.³⁴

Gehler:

Was führte 1973 zu Ihrer Wiederernennung und dann zum raschen Abschied aus der Kommission?

Dahrendorf:

Nach der Erweiterung von 1973 wurde ich erneut als Mitglied der Kommission ernannt; jedoch im Herbst 1974 verließ ich Brüssel, um Direktor der London School of Economics zu werden. Seitdem habe ich in Britannien gelebt, inzwischen nicht nur als britischer Bürger, sondern als Lord Dahrendorf of Clare Market in the City of Westminster, also als Mitglied des Oberhauses des Parlaments von Westminster, tätig in seinem Ausschuss für die

33 Ebd. (2004), S. 156.

34 Ebd. (2004), S. 156.

Europäischen Gemeinschaften, in dem ich mir den Ruf nicht gerade eines „Euroskeptikers“, aber doch eines „skeptischen Europäers“ erworben habe.³⁵

Gehler:

Welches Bild hatten Sie in Folge von der EG?

Dahrendorf:

Ich bin fest davon überzeugt, dass Europa wichtig ist und dass Großbritannien dazugehören muss. Meine Skepsis bezieht sich ausschließlich auf den Weg, den der Prozess der europäischen Integration genommen hat – die zu sehr nach innen gewandte Politik, das schwerwiegende Fehlen demokratischer Verantwortlichkeit, die zunehmend unerträgliche Lücke zwischen Aspirationen und Realitäten, und dann den verderblichen Irrtum der Theorie, dass (um Walter Hallstein zu zitieren) „alle Politik eine Einheit ist“, so dass der Beginn mit einem Zipfel der Wirtschaftspolitik zu einer „Kettenreaktion der Integration“ führen muss.³⁶

Gehler:

Das führt mich zum nächsten Punkt: Wie stehen die Realität der Europäischen Gemeinschaft und die Idee der Europäischen Union zueinander? Wie ist das Dazwischen zu deuten und zu verstehen?

Dahrendorf:

Die Europäische Gemeinschaft ist wichtige Realität und Triebkraft beim Aufbau Europas. Aber europäische Zusammenarbeit, auch solche zwischen den Ländern der Gemeinschaft, entfaltet sich nicht nur in ihrem Rahmen. Anders formuliert, die Europäische Union ist mehr als nur eine gleichsam organische Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. Wenn vor dem Ende des Jahrzehnts die Bilanz der europäischen Dinge gezogen wird, findet sie neben der Europäischen Gemeinschaft im strengen Sinn der Verträge von Paris und Rom eine Menge von Problemlösungen und dazugehörigen Prozeduren und Institutionen vor. Die Zwischenzeit ist schwierig. In ihr ist Europa

35 Ebd. (2004), S. 156-157.

36 Ebd. (2004), S. 157.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

verletzlich, gerade weil es so rasch wächst und sich entfaltet. In ihr wird Europa aber auch ständig weniger anfällig für Krisen, die seine Existenz selbst in Frage stellen, weil der unbefangene Fortschritt bei der Lösung vielfältiger Probleme eine Realität schafft, die im ganzen stärker ist als jede Logik.³⁷

Gehler:

Welche Wege sind für ein gemeinschaftliches Europa zu gehen, um in der Integration voranzuschreiten?

Dahrendorf:

Europa muss viele Wege gehen, um voranzukommen. Da hilft keine erdachte Logik der Dinge, sondern nur die massenhafte Lösung von Fragen, die die Wirklichkeit stellt. Europa sollte in diese Zeit der Problemlösungen ohne klammes Selbstgefühl, daher ohne falsche Abgrenzungen gehen, sich also öffnen für jene europäischen Staaten, die nicht oder noch nicht dem geschlosseneren Club der Europäischen Gemeinschaft angehören. Bei alledem müssen die Motive klar sein. Es gibt ein europäisches Interesse zur gemeinschaftlichen Ausübung von Souveränität in wichtigen Bereichen. Dieses Interesse führt nicht zur Ersetzung nationaler Staaten durch einen neuen Quasi-Nationalstaat, sondern zu einem ganz neuartigen Wagnis politischer Kooperation, zu den Elementen dessen, was eines Tages Europäische Union heißen wird. Europa kennt keine Vergleiche.³⁸

Gehler:

Großbritannien gilt seit seiner EG-Mitgliedschaft als Außenseiter. Was kann man aus diesem Fall ganz generell für den Nationalstaat in Europa und der Welt ableiten und lernen (gleichwohl Großbritannien kein klassischer Nationalstaat ist)?

Dahrendorf:

Erstens ist nach meiner Meinung der heterogene Nationalstaat, also der Nationalstaat, in dem sich verschiedene Religionen, Gruppen, auch ethnische Gruppen, verbinden, immer noch der wirksamste Rahmen zum Schutz der

37 Dahrendorf, Plädoyer (1973), S. 85.

38 Ebd. (1973), S. 89.

Bürgerrechte. Es gibt zwar eine Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte, die beim Europarat angesiedelt ist, und es gibt die Charta der Vereinten Nationen, aber der effektive Schutz geschieht im Nationalstaat. Und zweitens bin ich im Herzen ein unverbesserlicher Mondialist, denn ich glaube, wir brauchen weltweite Regeln, wenn wir ein Maximum an Freiheit haben wollen. Insofern ist für mich Europa als eine Art Zwischenschritt unbefriedigend, zumal die Europäische Union mit der Verteidigung der Bürgerrechte überhaupt nichts zu tun hat und oft eigentlich keinen Schritt in Richtung auf weltweite Regelungen darstellt, sondern eher auf ein regional sich abschließendes Gebilde. Der Nationalstaat und die Welt, diese beiden Schwerpunkte bilden für mich das Herz, und der Rest ist Konstruktion, vielleicht notwendige Konstruktion, aber nicht mehr.³⁹

Gehler:

Kommen wir zu einem weiteren epochemachenden Jahr: Wie haben Sie die Umbrüche des Jahres 1989 in Mittel- und Osteuropa erlebt?

Dahrendorf:

Der Adressat Ihrer Fragen gehört zu den Menschen, die die Erinnerung an die Ereignisse von 1989 zeit ihres Lebens nicht loslassen wird. Was für ein Glück war es, dieses Jahr erleben zu dürfen! Gewiss gab es Tränen, bittere Tränen angesichts des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens, das am 4. Juni auf brutale Weise die „Demokratie-Bewegung“ der chinesischen Studenten, Arbeiter und auch Soldaten beendete, die nach dem Tod von Hu Yao-bang am 14. April begonnen hatte, Tränen auch angesichts der Opfer der Securitate in Temeschwar und sonst wo in Rumänien sechs Monate später. Aber die meisten Tränen des Jahres 1989 waren doch Freudenstränen. Wer wird je den Moment vergessen, an dem ihr erster nichtkommunistischer Ministerpräsident Mazowiecki am 24. August auf der Regierungsbank im Sejm seinen Platz einnahm, ein wenig verloren aussehend mit dem ihm eigenen nachdenklich-traurigen Ausdruck, doch für jedermann erkennbar weder ein Diktator noch ein Nomenklatura-Bürokrat? Was kann je den

39 Dorothea Hauser (Hrsg.), Helmut Schmidt, Jahrhundertwende [Gespräch mit Ralf Dahrendorf, 15. September 1997], Berlin 1998, S. 101-125, hier S. 105.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Jubel über das Zerschneiden der Berliner Mauer am 9. November aus dem Gedächtnis löschen, als Menschen, die 28 Jahre getrennt waren, einander und noch ihre Wächter umarmten, um die neue Freiheit zu feiern? Wer konnte seine Gefühle beherrschen, als Václav Havel, wahrscheinlich in seinem damals einzigen Anzug nebst Schlips und Kragen, am 29. Dezember als neugewählter Präsident der Tschechoslowakei vor die Kameras trat? Und da von Kameras die Rede ist (denn 1989 war unter anderem ein Jahr des Fernsehens): Wer gesehen hat, wie der Gesichtsausdruck des rumänischen Diktators Ceaușescu während der von seinen Agenten am 21. Dezember organisierten Massenversammlung allmählich zerfiel, als die Versammlung sich während seiner Rede in eine empörte Protestdemonstration gegen ihn verwandelte, wird für alle Zeiten wissen, was es bedeutet, dass die Herrschenden ihre Nerven verlieren, bevor das Volk seinen eigenen Weg findet.⁴⁰

Gehler:

Woraus erwuchs Ihrer Ansicht nach das starke Verlangen der Menschen hinter dem Eisernen Vorhang zum Aufstand gegen die kommunistischen Einparteien-Herrschaftssysteme?

Dahrendorf:

Aus der Tatsache, dass der Kommunismus nie funktioniert hat. Zumindest in Ostmitteleuropa war er ein aufgezwungenes Regime der Unterdrückung, das von Anfang an Widerstand und gewaltsame Auseinandersetzungen hervorgerufen hat. 1953 in Ostdeutschland, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei, 1980 in Polen waren keine Episoden; sie waren sämtlich den nun zum alten Regime gewordenen Herrschaftsstrukturen immanente Proteste. Das ist keine nachträgliche Entdeckung. Wenige haben die dramatische Abfolge der Veränderungen von 1989 vorhergesehen; aber viele haben erwartet, dass solche Wandlungen irgendwann einmal eintreten. In meinem

40 Ralf Dahrendorf, Betrachtungen über die Revolutionen in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist 1990, Stuttgart 1990, S. 8-9.

Buch über „Soziale Klassen und Klassenkonflikt“ habe ich 1959 geschrieben, dass „eine Neigung zu gewaltsamem Konflikt und plötzlichem Wandel totalitäre Länder in jeder Phase ihrer Entwicklung begleitet“.⁴¹

Konflikt lässt sich unterdrücken. Diese Unterdrückung kann sogar einigermaßen wirksam sein, wenn nämlich gewisse Sicherheitsventile geschaffen werden (ich erwähnte zum Beispiel die häufigen „Versammlungen“ und „Diskussionen“ sowie die Mechanismen der Mobilisierung in kommunistischen Ländern). Aber am Ende wird sie scheitern.

„Unterdrückung untergräbt ihre eigenen Ziele: totalitäre Regierungen laufen in dem Maße 'Gefahr', gewaltsam beseitigt zu werden, in dem sie sich auf Unterdrückung als Methode der Konfliktbewältigung verlassen.“⁴²

Gehler:

Woran scheiterte die UdSSR und wie bewerten Sie den Gorbatschow-Faktor auch im Kontext der Ökonomie?

Dahrendorf:

Die Geschichte der Revolution von 1989 ist rasch erzählt. In ihrem Kernland, Russland, kamen zwei Dinge zusammen. Das eine ist von dem klugen Historiker Paul Kennedy als „Überdehnung“ eines Weltreiches (imperial overstretch) bezeichnet worden. Das russische Reich hatte sich mehr vorgenommen als es leisten konnte. Es hatte sich übernommen, ökonomisch durch den gigantischen militärisch-industriellen Komplex, geopolitisch durch den Versuch, eigenständige alte Nationen permanent unter Kontrolle zu halten. Der andere Faktor hatte einen Namen, Michail Gorbatschow. Der letzte Generalsekretär der alten Sowjetunion hatte sein Land auf einen Weg der Öffnung ohne klare Zielsetzung geführt. *Glasnost*, ein Maß an persönlicher Freiheit, war sein Erfolgsrezept, das im eigenen Land, vor allem aber bei den unterdrückten Satelliten, auf ein breites Echo stieß. Die andere Hälfte des Programms, *perestroika*, die Schaffung neuer sozioökonomischer und politischer Strukturen, blieb demgegenüber vage. Auflösung war daher die erste und einzige Wirkung des Programms.

41 Ebd. (1990), S. 18-19; Ralf Dahrendorf, *Class and Class Conflict in Industrial Society*, Stanford 1959, S. 312.

42 Dahrendorf, *Betrachtungen* (1990), S. 18-19.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Noch etwas kennzeichnete Gorbatschow, nämlich eine tiefe Abneigung gegen Gewalt. Als die osteuropäischen Satelliten nacheinander den Weg in die Freiheit – den Weg „zurück nach Europa“ – suchten, tat der Machthaber im Kreml nichts. Vom Runden Tisch in Polen bis zur Hinrichtung des rumänischen Diktators, von der samtene Revolution in Prag bis zur ungarischen Transformation ließ Gorbatschow alles geschehen. Sogar dem Vereinigten Deutschland als Mitglied der NATO gab er seinen Segen. Am Ende erlaubte er den Zerfall der Sowjetunion selbst. Vielleicht hat er manchmal im Stillen gehofft, dass überall Reformkommunisten (was immer das heißt) das Heft in die Hand nehmen würden. Tatsächlich kamen zunächst Dissidenten und Liberale mit durchaus westlichen Ideen von Demokratie und Marktwirtschaft an die Macht.⁴³

Gehler:

Welche tieferliegenden Gründe führten zur Erosion des Sowjetimperiums?

Dahrendorf:

Um das Tempo der sich ausbreitenden Veränderungen zu verstehen, ist es wichtig, die neuen Kräfte in der bislang Ersten Welt zu beschreiben. Am Ende der 70er Jahre war nicht nur der Nomenklatura-Kommunismus erstarrt, sondern in gewisser Weise auch die sozialdemokratische OECD-Welt. Der Ökonom Mancur Olson sollte 1982 sogar vermuten, dass die Stagflation, also niedriges Wachstum bei hoher Inflation, und die Rigidität der Märkte, nicht zuletzt der Arbeitsmärkte, zum dramatischen Niedergang der Industrienationen führen müsse. Nur Revolutionen oder Kriege könnten helfen, deutete er an. Das war zu pessimistisch. Als sein Buch über „Aufstieg und Niedergang der Nationen“ 1982⁴⁴ erschien, waren Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher schon an der Macht. Das Pendel der Wählerpräferenzen war umgeschlagen; Stagflation und Versorgung von der Wiege bis

43 Dahrendorf, *Wiederbeginn* (2004), S. 232.

44 Ebd. (2004), S. 232; Mancur Olson, *Aufstieg und Niedergang von Nationen. Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Starrheit* (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften 42), Tübingen 1985, 2. durchgesehene Auflage 1991 [Neuausgabe]; 2004 (englischer Originaltitel: *The Rise and Decline of Nations*, Yales University Press 1982).

zur Bahre gerieten in neoliberales Feuer. Damit verband sich zudem ein erneuter ideologischer Kalter Krieg gegen alles, was nach Sozialismus roch, von zahmen Sozialdemokraten bis zu wilden Kommunisten. Der westliche Stimmungswandel ergriff bald auch Politiker, die sich noch Sozialisten nannten, wie den italienischen Ministerpräsidenten Craxi, auch den spanischen Premier Gonzales.⁴⁵

Gehler:

Welche Rolle spielte der einsetzende sogenannte Neoliberalismus unter Reagan und Thatcher für das niedergehende Sowjetimperium?

Dahrendorf:

Die neoliberale Trendwende mit verteidigungspolitischer Begleitmusik zwang die Sowjetunion zu erneuten militärisch-industriellen Anstrengungen zu einem Zeitpunkt, zu dem diese schlicht nicht mehr erschwinglich waren. Sie ermutigte zudem die Dissidenten und ihre Anhänger in der kommunistischen Welt, zumal sie mit einer neuen Konsum- und Reisewelle verbunden war. Zugleich wurde jener andere Prozess immer sichtbarer, der heute in der Regel mit dem Wort Globalisierung bezeichnet wird. Die Welt wuchs zusammen: die Welten zerfielen. Die Zweite Welt des Kommunismus verschwand von der Bildfläche, aber auch die Dritte Welt verlor ihren Sinn. Nun konnten Länder der Dritten Welt wählen (wie Mario Vargas Llosa es im peruanischen Präsidentenwahlkampf formulierte), ob sie arm bleiben oder reich werden wollten. Die meisten wählten den Wohlstand.⁴⁶

Gehler:

Sie haben Jahre der politischen Veränderungen wie 1968 und 1989 erlebt. In welchem Verhältnis stehen diese auch mit Blick auf Veränderungen der Gesellschaften und ihre jeweiligen Öffnungen?

Dahrendorf:

Tatsächlich hat nämlich die Revolution von 1989 den Horizont einer offenen Gesellschaft für alle Länder Europas, ja der Welt geöffnet. Es führt kein Weg

45 Ebd. (2004), S. 232-233.

46 Ebd. (2004), S. 233.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

zurück in die alte Welt. Die alten Welten, sollte ich sagen. Noch vor zehn Jahren gab es eine Erste, Zweite und Dritte Welt. Die Zweite Welt war die des Nomenklatura-Sozialismus, und sie ist dahin. Die Dritte Welt hatte sich zu entscheiden zwischen der Ersten und der Zweiten, und sie hat sich entschieden. Globalisierung bedeutet nämlich immer auch, dass die politischen Projekte im Grundsatz überall dieselben Optionen schaffen. Alle Länder haben heute die Wahl zwischen eher neoliberalen und eher neosozialdemokratischen Wegen. Insoweit war die Revolution von 1989 die erfolgreichste Revolution der Moderne.

Was zwanzig Jahre früher geschah – 21 Jahre genau, wenn man an dem Datum 1968 festhalten will –, war indes weder erfolgreich noch eine Revolution, und doch ist es wichtig für das Thema dieser Geschichte. 1968 geschah vielerlei, darunter waren höchst reale, ja mörderische Dinge. Die chinesische Kulturrevolution sollte in dem Lärm um das 1968 von Berkeley, Berlin und Nanterre nicht vergessen werden, und auch nicht der Prager Frühling, der ein so schlimmes Ende unter den Panzern des Warschauer Paktes fand. Die westlichen „Revolutionäre“ hatten merkwürdig wenig Zeit für diese Ereignisse. Dabei waren sie selbst höchst dubiose Umstürzler. Revoluzzer ist noch das freundlichste Wort, das man für Revolutionäre ohne eine revolutionäre Situation finden kann. Sie endeten, nicht überraschenderweise, als gewöhnliche Kriminelle, die von Brandstiftern zu Mördern wurden und sich am Ende selbst das Leben nahmen.

Doch ist das nicht die ganze Wahrheit von 1968. Ein Stück Revolution gab es schon in jenen Demonstrationen und Konfrontationen mit den staatlichen und anderen Autoritäten. Das war zum Teil eine Kulturrevolution eigener Art, die sexuelle Revolution, die Revolution der Mode, die Revolution des alltäglichen Verhaltens gegenüber Respektpersonen und Gleichgestellten. Zum nicht minder wichtigen Teil indes handelte es sich um die Attacke auf Autorität überhaupt, die unter dem Namen der Demokratisierung Hierarchie und Privileg zu beseitigen suchte. Hier treffen wir auf einen anderen, nicht im engeren Sinn politischen Revolutionsbegriff, der tiefgreifende Wandlungen beschreibt. Auch dabei sind starke Kräfte am Werk, die vorhandene Fesseln sprengen; aber der Prozess bleibt gleichsam unterirdisch, ein tiefes Grummeln, keine vulkanische Eruption. Solche Vorgänge sind durch 1989

gewiss nicht aus der Welt geschafft worden. In der Tat erleben wir gegenwärtig noch einmal einen Kulturschock in der Form der Machtübernahme durch die Rockgeneration. Auf den ersten Blick praktiziert sie eine beunruhigende Verbindung von Geschichtsfremdheit und Werbewirksamkeit; erst bei genauerem Hinsehen entdeckt man dahinter einen neuen reformerischen Elan.⁴⁷

Gehler:

Das Jahr 1989 hat auch immense Bedeutung für die Geschichte Deutschlands. Die bundesdeutsche Politik hat unter Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher in der Phase 1989/90 nimmer enden wollend unermüdlich betont, dass die deutsche Vereinigung in den Prozess der europäischen Einigung eingebettet bleiben müsse. Die „Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille“, sagte Kohl. In welchem Verhältnis standen Ihrer Ansicht nach die deutsche Frage vor 1989 und die Einheit Deutschlands 1990 zur europäischen Integration? Sie sprachen zuvor von einem „ersten“ und einem „zweiten“ Europa – können Sie das bitte noch erläutern?

Dahrendorf:

Das Thema rührt an eine empfindliche Stelle der deutschen Politik. Wie Sie wissen, hatte ich Gelegenheit, die deutsche Haltung zur Europäischen Gemeinschaft aus der Nähe zu beobachten. Als EG-Kommissar in Brüssel in den frühen siebziger Jahren hörte ich aufmerksam zu bei den Ministerrats-Diskussionen über die Währungsunion oder über das Verhältnis zwischen der Erweiterung der Gemeinschaft und der Vertiefung der inneren Zusammenarbeit. Mein eigener Realismus in diesen Fragen führte fast zu meiner Entlassung auf Grund eines Misstrauensantrages im Europäischen Parlament.⁴⁸ Doch war ich wenigstens ehrlich. Nach dem „Ersten Europa“ eines Gemeinsamen Marktes mit für alle verbindlichen Regeln wollte ich (und will

47 Ebd. (2004), S. 166-167.

48 Zwei Zeitungsartikel, die Dahrendorf unter einem – wie er es nannte – „durchsichtigen Pseudonym“ in der Wochenzeitung *Die Zeit* veröffentlichte führten zu einem Mißtrauensantrag aller politischen Gruppen mit Ausnahme der Kommunisten, siehe Wieland Europa, Über Brüssel hinaus, in: *Die Zeit*, 2. 7. 1971; Ders., Das Ziel eines neuen Europa, in: *Die Zeit*, 9. 7. 1971. Nach einer Debatte am 23. September 1971 wurde der Antrag zurückgezogen.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

ich noch immer) ein „Zweites Europa“ der Gewöhnung an Kooperation in so vielen Bereichen der Politik, wie dies den Aufgaben angemessen scheint. Solche Kooperation kann in mancher Hinsicht *à la carte* erfolgen, so daß Mitglieder der Gemeinschaft die Wahl haben, ob sie sich beteiligen wollen oder nicht; in anderen Fragen sollten Nichtmitglieder zur Teilnahme eingeladen werden. Auf diese Weise würden zunehmend europäische Realitäten geschaffen, die das notwendige Material abgeben, um eines Tages die Verfassung eines vereinten Europa zu entwerfen.

Vielleicht ist das zu pragmatisch; mein damaliger Kollege und verehrter Mentor Altiero Spinelli war jedenfalls dieser Meinung. Vielleicht fehlt solchen Überlegungen auch das Visionäre und sie betonen zu sehr den kooperativen Aspekt Europas zum Unterschied von der Integration im strengen Sinne. Wenn dem so ist, dann liegt das daran, dass meine Vision stets die des Kantschen Projekts einer „Weltbürgergesellschaft“ sein wird, deren Regeln von universellen Institutionen garantiert und geschützt werden. Doch ändert das alles nichts an meinem Engagement für das Ziel, Europa in jenen Politikbereichen enger zusammenzuschließen, in denen es der geeignete politische Raum ist. Heute gehört dazu nicht nur ein Gemeinsamer Markt, sondern auch der stabile Geldwert und die militärische Sicherheit.⁴⁹

Gehler:

Ist die deutsche Position dazu gar nicht so klar und eindeutig?

Dahrendorf:

Die deutsche Haltung ist weniger eindeutig. Wenn ich schlüssige Beweise für meinen Eindruck liefern müsste, käme ich wahrscheinlich in Verlegenheit, aber mir scheint häufig, dass für die Mehrheit der führenden deutschen Politiker wie auch für ihre Berater Europa im Kern ein Schönwetterkonzept geblieben ist. Nicht dass deutsche Bekenntnisse des Europäertums unaufrichtig wären, aber sobald ein Thema auftaucht, das für wirklich wichtig gehalten wird, sind sie rasch vergessen; solche wichtigeren Themen sind zudem nicht nur in zentralen, sondern auch in eher marginalen Politikbereichen aufgetaucht. Deutschland mag Europa, aber Europa hat in seinem politischen

49 Dahrendorf, *Betrachtungen* (1990), S. 128-129.

Leben weder die Priorität noch vor allem die Realität, die die Sonntagsreden seiner Führer glauben machen wollen.⁵⁰

Gehler:

Können Sie das konkretisieren?

Dahrendorf:

Bundeskanzler Kohl hatte Dutzende von Treffen mit Präsident Mitterrand, aber all diese Begegnungen haben ihn keinen Moment daran gehindert, im November 1989 seine „Zehn Punkte“ zur deutschen Einheit im Deutschen Bundestag zu verkünden, ohne auch nur daran zu denken, den Telefonhörer aufzunehmen und mit seinem Freund zu reden, den er übrigens wenige Tage zuvor gesehen hatte. Die Bundesregierung stimmt einem Prozess der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu, beginnt aber zunächst und ohne viel Nachdenken über die Folgen den Weg zur deutschen Währungsunion, obwohl doch klar sein dürfte, dass dieses unmittelbare Erfordernis beträchtliche Auswirkungen auf die Pläne der Gemeinschaft hat. Die deutsche Einheit hat viele andere europäische Konsequenzen, manche technischer, manche politischer Art; aber als die Schlüsselentscheidungen getroffen wurden, war wenig Sinn für die wirkliche Bedeutung des europäischen Engagements zu erkennen. Entsprechendes mag für andere gelten, aber nirgends ist der Widerspruch zwischen Worten und Taten so ausgeprägt. Kein Wunder, dass Deutschlands europäische Partner verwirrt und beunruhigt sind! Sogar Deutschlands verlässlichster Freund in Frankreich, der Politologe und Kommentator Alfred Grosser, spricht von der Sorge, „das vereinigte Deutschland könne sich aus der Gemeinschaft lösen und sie aus Abstand durch eine Wirtschaftsmacht beherrschen“, wengleich Grosser für sich den Verdacht zurückweist.⁵¹

Gehler:

Wie wird dieses Deutschland eigentlich von anderen von außen gesehen?

50 Ebd. (1990), S. 129.

51 Alfred Grosser, „Angst vor Deutschland“, in: *Finanz und Wirtschaft*, 10. 3. 1990, Nr. 19, zit. n. Dahrendorf, *Betrachtungen* (1990), S. 129-130.

Dahrendorf:

All dies hängt zusammen mit noch tieferen Fragen, die zwar selten offen gestellt werden, aber doch präsent sind in den Köpfen vieler Europäer wie auch Amerikaner und anderer in der Welt. In gewisser Weise wird Deutschland als das Japan Europas gesehen. Das bezieht sich nicht nur auf Überschüsse der Handels- und Zahlungsbilanzen, sondern auch auf eine vorherrschende „Kultur“ (wie manche es in Ermangelung eines besseren Begriffes ausdrücken), in die es schwer ist einzudringen. Das korporative Knäuel, zu dem die Regierung, die Großbanken, die Schlüsselunternehmen, die Gewerkschaften, die öffentlich-rechtlichen Medien und andere anerkannte Institutionen gehören, hat etwas damit zu tun. Wie kommt es, dass in einem Jahrzehnt der Zusammenschlüsse und Übernahmen von Unternehmen die deutsche Wirtschaft gegenüber solchen Prozessen relativ immun geblieben ist? Viele empfinden einen tiefsitzenden Widerstand gegen alles, was aus dem Ausland kommt, trotz aller sichtbaren Anzeichen des Gegenteils. Jedenfalls bleibt Deutschland für viele geheimnisvoll. Wird das Geheimnis mit den Schocks der Einheit, der offenbaren Arroganz führender politischer Figuren und den offenen Zweifeln der deutschen Intellektuellen an ihrem Land verbunden, dann ergibt sich eine Mischung, die im günstigen Fall unheimlich und im ungünstigen höchst explosiv wirkt.

Aber ich muss aufhören, Zweifel zu säen, denn es ist nicht meine Absicht, Ihnen Deutschland oder Europa madig zu machen. Jenseits aller Spekulation glaube ich, dass seine Westgrenze eine der sichersten Grenzen in Europa ist. Sollte Deutschland je versuchen, sie zu revidieren, dann würde sich ganz Europa zu ihrer Verteidigung erheben. Überdies komme ich per saldo zu dem Schluss, dass das vereinigte Deutschland wahrscheinlich nicht viel anders aussehen wird als die Bundesrepublik heute. Das heißt unter anderem, dass der Prozess der europäischen Kooperation und vielleicht Integration weiter voranschreiten wird.⁵²

52 Ebd. (1990), S. 130-131.

Gehler:

Das klingt jetzt schon optimistischer.

Auf die deutsche Einigung ist der Unionsvertrag von Maastricht gefolgt, der als Kernelement die sogenannte „Wirtschafts- und Währungsunion“ enthielt. Können Sie uns schildern, wie Sie das Projekt „WWU“, von mir jetzt in Anführungszeichen gesetzt, aus Ihrer Erfahrung der 1970er Jahre, der deutschen Einigung von 1990 und ganz zu Beginn dieses Jahres aus Ihrer Sicht gesehen haben? Sie sprechen wahrscheinlich korrekterweise nur von einer „Währungsunion“. Wie beurteilen Sie diese?

Dahrendorf:

Die Währungsunion ist ein großes und schwieriges Projekt, schwieriger vielleicht, als diejenigen zu erkennen geben, die es in die Zwangsjacke eines Stufenplanes pressen wollen, der in zwei oder drei Schritten zum Ziel führen soll. Die Probleme sind zum Teil technischer Natur, obgleich diese sich wahrscheinlich meistern lassen. Sie sind indes zum Teil politisch. Länder müssen bereit und in der Lage sein, einer Währungsunion beizutreten, was zum Beispiel bedeutet, dass ihre Institutionen und Politiken so gestaltet werden müssen, dass sie eine stabile gemeinsame Währung tragen. Die prinzipielle Verpflichtung, die Inflation auf null zu bringen und dort zu halten, ist eine der relevanten Politiken, und sie verlangt den Konsensus aller wesentlichen Parteien in allen beteiligten Ländern. Die Bereitschaft, die Verantwortung für die Geldwertstabilität einer unabhängigen Zentralbank zu überlassen, ist eine institutionelle Voraussetzung; sie bedeutet für viele den Bruch mit angestammten Traditionen. Als die Währungsunion 1971 zum ersten Mal auf den Weg gebracht wurde, war Frankreich nicht imstande, diese Schritte zu tun, zu denen es heute bereit ist; das Problem liegt jetzt in der fehlenden Bereitschaft Großbritanniens, das alte Keynes'sche Rezept aufzugeben, wonach zweieinhalb bis drei Prozent Inflation nichts schaden können, denn „niemand würde es merken“, und auch in der britischen Insistenz auf der Vorherrschaft des Finanzministeriums über die Zentralbank. Selbst wenn all diese Hindernisse überwindbar wären, blieben noch die Unberechenbarkeiten des Weltmarktes und insbesondere des Devisenmarktes. Diese können

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

die schönsten Pläne durchkreuzen, wie sich in der Vergangenheit nachdrücklich gezeigt hat.

Der Weg zur Währungsunion ist also hart, und dabei habe ich das heikelste Thema noch gar nicht erwähnt, das, wie so oft, Deutschland, heißt.⁵³

Gehler:

Können Sie das konkretisieren? Ich versuche es, als Frage zu formulieren: In welchem Verhältnis steht eigentlich die deutsche Währungsunion von 1990 mit der geplanten europäischen Währungsunion?

Dahrendorf:

Zum einen wird die deutsche Währungsunion notwendig zur Verzögerung der europäischen Währungsunion führen. Es gibt schlicht nicht genug Experten, um beide zu gleicher Zeit zu bewerkstelligen. Wichtiger indes ist die Tatsache, dass jedes europäische Währungssystem unweigerlich die Vormacht wenn nicht Deutschlands, dann doch der Deutschen Mark widerspiegeln wird. Die Deutsche Mark mag nicht ganz dieselbe Rolle in der Europäischen Währungsunion spielen, die der Dollar im Bretton-Woods-System hatte, aber ihre Schwankungen haben stärkere Auswirkungen auf andere als die des französischen Franken oder selbst des britischen Pfundes (wenn man einmal annimmt, dass Großbritannien sich an dem Prozess beteiligt). Die deutsche Einheit ist gar nicht erforderlich, um Deutschland zur stärksten Macht in der Europäischen Gemeinschaft zu machen; in der Tat könnte der Prozeß der Vereinigung so teuer werden für Deutschland, dass die Vormachtstellung der D-Mark eine Zeitlang geschwächt und nicht gestärkt würde. Vielleicht ist das ein guter Moment, um die deutsche Bereitschaft unter Beweis zu stellen, Regeln zu akzeptieren, dass die D-Mark ebenso binden wie andere Währungen. Jedenfalls haben Tempo und Erfolg des europäischen Eingangsprozesses viel mit der deutschen Frage zu tun.

Ich bin überzeugt, dass die europäische Währungsunion geschaffen wird und auch werden sollte, aber sie wird weder so rasch noch so systematisch zustande kommen, wie das der Delors-Plan vorsieht, dem zufolge schon in den nächsten drei Jahren eine europäische Zentralbank errichtet werden soll. Die

53 Ebd. (1990), S. 133.

Währungsunion ist in gewisser Weise ein Bestandteil des Projekts 1992. Aber dieser ganze Prozess ist nicht mehr das einzige oder selbst das wichtigste Thema. Es wird erzählt, dass ein irischer Minister eine Konferenz zum Thema 1992 mit den Worten eröffnete: „Meine Damen und Herren, eines ist sicher: 1992 wird kommen.“ Pause. „Die einzige Frage ist: wann?“ Die Geschichte wird als Scherz erzählt, doch enthält sie eine ernste Pointe.⁵⁴

Gehler:

Sie spielen auf den anvisierten Binnenmarkt an, der von der Kommission offiziell mit dem Kürzel „EG '92“ verkündet worden war. Er trat am 1. Januar 1993 in Kraft. Inwiefern beruhte die Bildung einer europäischen Einheitswährung im Sinne der Währungsunion auf einen Irrtum?

Dahrendorf:

Die Währungsunion, das Kernstück des Vertrages von Maastricht, illustriert den Irrtum. In den frühen 1970er Jahren scheiterte der erste Versuch, weil die Europäer ihren Fahrplan ohne Rücksicht auf den Rest der Welt bestimmt hatten. Als die Konvertibilität des Dollars in Gold im August 1971 suspendiert wurde, begann ein Prozess, der alle wohlbedachten Pläne von Pierre Werner und Raymond Barre beiseite fegte. Das mag ein einmaliges Ereignis gewesen sein, wenngleich die unsichtbare Hand der Märkte auch für die weit subtileren Pläne der späten 1990er Jahre eine Gefährdung bedeutet. Bei all ihrer Subtilität haben diese Pläne zudem zwei ernste Schwächen: sie sind politisch irrelevant, und sie spalten Europa. Die Irrelevanz ergibt sich aus der Tatsache, dass die Währungsunion in keiner Weise die den Bürgern wichtigen Themen des Tages trifft, nämlich die Arbeitslosigkeit und die auf der Angebotsseite bestehenden Hindernisse der Konkurrenzfähigkeit. Die spaltende Wirkung der Währungsunion hat es mit der Entstehung zweier Kategorien zu tun, derer „drinnen“ und derer „draußen“. Selbst wenn die letzteren im gängigen Jargon pre-ins, also im Vorzimmer der Mitgliedschaft sind, wird ein innerer Kern vorangehen, und die Europäische Union wird auf lange Zeit ein Zwei-Ebenen-Verband sein.⁵⁵

54 Ebd. (1990), S. 133-135.

55 Dahrendorf, Wiederbeginn (2004), S. 157.

Gehler: Gehen wir das Thema noch einmal historisch an: Worauf führen Sie die primäre Motivation zur Einführung der Einheitswährung zurück?

Dahrendorf:

Das Argument für die Schaffung einer Währungsunion in Europa ist primär politisch. Bundeskanzler Kohl erinnert sich gut an den Tag, an dem er die Meinung aller Experten beiseite schob und die theoretisch irrierte aber praktisch unausweichliche Entscheidung durchsetzte, die deutsche Währungsunion auf der Grundlage eines 1:1-Umtauschkurses zwischen West- und Ostdeutschland zu schaffen. Diese Leistung, so meint er, lässt sich in Europa wiederholen und wird auch dort zur alsbaldigen Vereinigung führen. Für Frankreich bedeutet die Währungsunion, dass das Land ein Stück der Macht wiedergewinnt, das es heute an die Bundesbank verloren hat; außerdem wird Deutschland einmal mehr eingebunden. Italien und Spanien träumen davon, in der Ersten Liga zu spielen, und erhoffen sich zudem ewige Stabilität. Alle anderen akzeptieren, dass Britannien auch in Zukunft eine Vorliebe für Cricket haben wird, während sie Fußball spielen. Aber wird die politische Union wirklich das unausweichliche Ergebnis sein? Werden die Konvergenzkriterien der Fiskalpolitik gar zu inneren Unruhen in Frankreich und andernorts führen? Wird es asymmetrische und andere Schocks geben zwischen der „unwiderruflichen“ Entscheidung vom 1. Januar 1999 und der für die Bürger sichtbaren vollen Einführung der Währungsunion im Jahre 2002?⁵⁶

Gehler:

Kann man Sie eigentlich als einen Kritiker der europäischen Währungsunion bezeichnen? Wie sahen Sie in diesem Zusammenhang den Unionsvertrag von Maastricht? Helmut Schmidt bezeichnete Sie einmal in einem Gespräch mit Ihnen als „erklärter Gegner der Währungsunion“.

Dahrendorf:

Eigentlich gehöre ich nicht zu denen, die hier große Kämpfe ausfechten. Erklärter Gegner ist schon ein sehr starkes Wort. Ich habe nur gesagt, dass die Währungsunion zum Zeitpunkt der Verhandlung des Maastrichter Vertrages zwei große Schwächen hatte. Schwäche Nummer eins: Sie hat im Grunde

56 Ebd. (2004), S. 157-158.

von den wichtigen inneren Themen der europäischen Länder abgelenkt, von wirtschaftspolitischen Problemen, die im Wesentlichen mit der schwachen Nachfrage und auch damals schon mit Beschäftigung zu tun hatten. Und ich meine nicht, dass eine Währungsunion zur Lösung dieser beiden Probleme irgendetwas beiträgt. Man sollte also die Währungsunion nicht dazu benutzen, von den Notwendigkeiten abzulenken.

Das Zweite, was mich von Anfang an an Maastricht beunruhigt hat, ist folgendes: 1989 ist für mich ein Schlüsseldatum wie 1945. Das sind die beiden Daten in meinem Leben, an denen es eine enorme Chance zur Freiheit gegeben hat, 1989 natürlich im östlichen Mitteleuropa. Darum hatte die Europäische Union schon zur Zeit von Maastricht die Hand zum östlichen Mitteleuropa ausgestreckt, und das fortzuführen wäre wichtiger gewesen als der nächste anstrengende Schritt der inneren Integration. Ich befürchte doch sehr, dass die Ostmitteleuropäer jetzt nicht nur lange, zu lange warten mussten, bevor die Europäische Union auch nur eine Verhandlungsgrundlage vorgeschlagen hat, sondern dass sie auch aus der Währungsunion zunächst herausgehalten werden. Das ist unvermeidlich, wenn man an die Kriterien denkt, die die Mitglieder an sich selber angelegt haben. Auch das halte ich für einen großen Fehler, denn ich glaube zwar nicht, dass Demokratie von außen garantiert werden kann, aber eingebettet zu sein in den Kreis der Demokratien hilft. Man kann sich natürlich darauf berufen, dass die anderen europäischen Partner das nicht akzeptieren würden. Deshalb habe ich auch den Schwerpunkt auf die wirtschaftspolitischen Fragen gelegt, auf die Ablenkung von den wirklichen Problemen.⁵⁷

Gehler:

Man kann Ihnen hier kaum widersprechen. Nach Öffnung des Ostens wurde nach dem Grundsatz „Zuerst Vertiefung, dann Erweiterung“ der EU verfahren. Habe ich Sie richtig verstanden, dass das kein überzeugendes Vorgehen war, sondern damit sogar ein falscher Weg beschritten wurde?

57 Hauser (Hrsg.), Schmidt (1998), S. 109-110.

Dahrendorf:

In dieser Form ja. Denn diese Vertiefung ist von der schlimmsten Sorte. Sicher gibt es in den deutschen Regierungsparteien, vielleicht nicht nur in ihnen, Befürworter der Rückkehr zu einem inneren Kern Europas. Eine solche Definition Europas will schon von den jetzigen Mitgliedern manche an den Rand drängen und ausklammern, ganz zu schweigen von denen, die erst noch Mitglieder werden wollen. Dieses Europa des inneren Kerns halte ich nun wirklich für einen unerwünschten protektionistischen Block, mit dem ich nichts gemein habe.

Ich erinnere mich noch sehr gut an die ersten Jahre der neu gewonnenen spanischen Demokratie und daran, wie zuerst Suárez und dann vor allem aber Felipe González in der Rückkehr nach Europa den entscheidenden Schritt zur Stabilisierung der demokratischen Institutionen und Haltung im eigenen Land sahen. Die Rückkehr nach Europa hatte dort also eine ganz ähnliche Bedeutung wie jetzt in Polen und in anderen ostmitteleuropäischen Ländern. Das ist eine so wichtige Aufgabe, dass ich nicht verstehe, wie man sagen kann: 'Wer diese Aufgabe zuerst angeht, trägt zur Desintegration Europas bei.' Bei Europa geht es doch darum, Dinge, die im gemeinsamen Interesse liegen, gemeinsam zu tun.⁵⁸

Gehler:

Zur Frage der Währungsunion, deren Defizite Sie bereits erwähnt haben: Das Projekt ist ja älter als der Maastrichter Unionsvertrag. Welche Erinnerungen verbinden Sie mit Ihrer früheren europäischen Funktion? Waren Ihre vormaligen Positionen nicht weniger kritisch gegenüber diesem Projekt?

Dahrendorf:

Nein, meine Stellungnahmen sind eigentlich alle eindeutig. Ich war ja in Brüssel Kommissar zu der Zeit, als die erste detailliertere Planung für eine Währungsunion erarbeitet wurde, von Pierre Werner als luxemburgischem Ministerpräsidenten für den Europäischen Rat und Raymond Barre als dem für Wirtschaft und Finanzen zuständigen Kommissar. Diese Diskussion habe ich in sehr lebhafter Erinnerung. Ich habe mich damals mühsam von dem

58 Ebd. (1998), S. 110.

Vorhaben überzeugen lassen, bin aber schließlich zu dem Schluss gekommen, dass die Europäische Gemeinschaft in Währungsfragen der Wirklichkeit nicht ihren Kalender diktieren kann. Diese Überzeugung sitzt ganz tief. In Währungsfragen – und vielleicht nicht nur in Währungsfragen – muss man genau beobachten, was konjunkturell und auch politisch vor sich geht. Man kann sich nicht in einem kleinen holländischen Städtchen hinsetzen und sagen: 'Am 1.1.1999 passiert dieses und am 31.12.2002 jenes.' Ich meine, wenn schon Währungsunion, dann würde ich sie an einem Freitagnachmittag im August geschehen lassen, am liebsten an irgendeinem See, am Wolfgangsee oder am Brahmsee.⁵⁹

Gehler:

Als Österreicher wäre ich für den Wolfgangsee.

Kommen wir zu einem weiteren Aspekt dieser umwälzenden Jahre, der schon angeklungen ist: In den Jahren 1989/90 gab es unterschiedliche Einschätzungen zu Fragen der weiteren Entwicklung Europas und zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften um die Mitte und den Osten Europas. Wie erinnern Sie zu Ihrer Zeit die Politik und die Einschätzungen von Margaret Thatcher, Jacques Delors oder Michail S. Gorbatschow, um Beispiele zu erwähnen? Maastricht bedeutete ja letztlich auch eine Vertiefung der EG zur EU im Sinne einer weiteren Westintegration Westeuropas. Dabei stellte sich gleichzeitig die Frage: Was geschieht mit dem Europa der Mitte und des Ostens?

Dahrendorf:

Es gibt diejenigen, die, wie ein Experte es ausdrückte, argumentieren, „dass eine weitere Stärkung der EG es schwieriger macht für Osteuropa, enger assoziiert zu werden, die zumindest glauben, dass eine loser gefügte Struktur in einer erweiterten, aber weniger konzentrierten EG angemessener und in der Tat realistischer wäre in einer Zeit, in der nationale Identitäten sehr ausgeprägt bleiben.“⁶⁰ Premierministerin Thatcher neigt dieser Meinung zu, und

59 Ebd. (1998), S. 112-113.

60 Das Zitat stammt aus einem unpublizierten Vortragsmanuskript von Sir Leslie Fielding (University of Sussex): „The European Community and Eastern Europe“ vom 6.3.1990. Das Zitat entsprach nicht der Ansicht von Lord Dahrendorf.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

deutsche politische Führer dürften sie im Lichte ihrer gesamteuropäischen Interessen attraktiv finden. Präsident Delors allerdings vertritt die entgegengesetzte Auffassung: „Die Zwölf haben keine andere Wahl als der Brennpunkt und Stabilitätsfels für den Rest des Kontinents zu bleiben.“⁶¹ Ein Europa auf dem Weg zur Integration ist ein „Leitstern“ für die Länder Osteuropas, die geradezu enttäuscht wären, wenn die EG ihre Absicht aufgäbe, sich immer enger zusammenzuschließen, mit der Währungsunion und allen anderen. „Es ist unsere Pflicht [den Osteuropäern, Anm. R.D.] dabei zu helfen“, in ihren eigenen Ländern die Bedingungen zu schaffen, die es ihnen erlauben und sie dazu anregen, volle Mitglieder zu werden, und darum dürfen wir uns nicht durch irreführende Zielvorgaben von in Wahrheit kurzfristiger Bedeutung von unserem Weg abbringen lassen. Unser Ziel ist nicht „Herrn Gorbatschows Traum eines ‚gemeinsamen europäischen Hauses‘“, sondern die „etwas andere Vision eines europäischen Dorfes“, das rings um ein festes Haus gebaut wird, das 'Europäische Gemeinschaft' heißt“. Da bin ich mit Jacques Delors einig.

Es ist anzumerken, dass Delors nicht die Sprache der europäischen Föderalisten verwendet. Er distanziert sich sogar leicht von Präsident Mitterrands „großer europäischer Konföderation“, von der er sagt, dass „sie nicht entstehen wird, bevor die Gemeinschaft eine politische Union geschaffen hat. Jedes Land muß für sich entscheiden, wann die Zeit dafür gekommen ist.“ Zweifellos wird jedes Land diese Entscheidung zu seiner eigenen Zeit treffen.⁶²

Gehler:

Wir haben vorher von Kommissionspräsident (1958-1967) Walter Hallstein gesprochen. Wir sollten noch näher auf den Kommissionspräsidenten (1985-1995) Jacques Delors eingehen. Wie beurteilen Sie ihn?

61 Das Zitat stammt aus einer Rede von EG-Kommissionspräsident Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament zum Programm der Kommission für das Jahr 1990, gehalten am 17.1.1990, siehe Jacques Delors, Architect of the modern European Union [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/652009/EPRS_BRI\(2020\)652009_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/652009/EPRS_BRI(2020)652009_EN.pdf)

62 Dahrendorf, Betrachtungen (1990), S. 135-136.

Dahrendorf:

Delors steht für den letzten großen Schritt voran im Prozess der europäischen Einigung. Er hat als Präsident der Kommission das Ziel des Binnenmarktes konkretisiert und dann die Einzelentscheidungen auf den Weg gebracht, die zur Realisierung des Ziels nötig sind. Das war ein durchaus politischer Vorgang; in der Tat liegt Delors' Stärke darin, dass er sich nicht lange bei Visionen aufhält, sondern sogleich daran geht, den Weg von A nach B zu kartieren und dann auch zu beschreiten.⁶³

Jacques Delors hat auch das seine dazu beigetragen, die Währungsunion der zunächst zwölf europäischen Länder zu fördern. Sie ist ein noch durchaus unvollkommener Prozess. Der Stabilitätspakt, der zu ihr gehört, ist vom Präsidenten der Kommission „stupide“⁶⁴ genannt worden; er bedarf gewiss der Korrektur. Auch sonst wäre es einmal mehr falsch, sich auf die Sachlogik zu verlassen, wenn es um die wirtschaftspolitische Verankerung der Währungsunion geht. Hier ist ein neuer Delors vonnöten, der mit politischem Sinn die nötigen Schritte beim Namen nennt und sie dann zu tun beginnt.⁶⁵

Die Schließung der Kluft, von der hier die Rede war, wird also nicht automatisch kommen. Sie ist auch keine Frage mehr oder minder hochtrabender Verfahrensregeln. Sie verlangt entschiedenes und praktisches politisches Handeln im Geiste Jacques Delors. Dieses Handeln kann nur erfolgreich sein, wenn es gemeinsame Interessen der beteiligten Länder vertritt. Es wird sich für lange Zeit, vielleicht für immer in dem konstitutionellen Zwielflicht vollziehen, das Francis Cheneval so eindringlich beschrieben hat. Dabei darf allerdings die andere, die kantische Seite der Argumentation von Cheneval nicht außer Acht geraten. Es geht nicht darum, Visionen nachzulaufen. Es geht aber darum, bei allem europäischen Handeln immer im Sinn zu behalten, dass es ein Vorgriff auf mögliche weltweite Regeln ist. Wenn schon eine

63 Dahrendorf, *Wiederbeginn* (2004), S. 312-313.

64 Kommissionspräsident (1999-2004) Romano Prodi hatte diese Bewertung vorgenommen, in: *Stabilitätspakt: „Stupide“ oder „essenziell, strikt einzuhalten“?*, vgl. *Wiener Zeitung*, 25. 10. 2002, https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/international/329496_Stabilitaetspakt-Stupide-oder-essenziell-strikt-einzuhalten.amp.html?em_cnt_page=2 (Abruf 20. 9. 2022).

65 Dahrendorf, *Wiederbeginn* (2004), S. 313.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

leitende Idee für Europa nötig ist, dann die „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“.⁶⁶

Gehler:

Zu einer anderen Frage: Welche Bedeutung messen Sie den Kriterien Wirtschaftswachstum und Wohlstandszugewinn für den weiteren Erfolg der europäischen Integration bei? Wieweit ist sie von der Wirtschaftskonjunktur abhängig geblieben?

Dahrendorf:

Die Versuchung ist groß, die Geschichte Europas nach dem Krieg als eine der politischen Stabilisierung durch Wirtschaftswachstum und Wohlstand zu interpretieren. Doch gilt es hier wie auch sonst, sich vor dem elementaren Fehler der Verwechslung von Korrelation und Kausalität zu hüten. Das Wirtschaftswunder und das politische Wunder ereigneten sich etwa gleichzeitig, aber daraus folgt nicht, dass das eine das andere verursacht hat. Insbesondere hat der wirtschaftliche Erfolg die demokratischen Institutionen nicht stabilisiert, auch wenn viele es in Zeiten wachsenden Wohlstandes leichter fanden, die Verfassung der Freiheit zu akzeptieren. Spätestens seit 1989 haben wir gelernt, dass, wenn es überhaupt einen Zusammenhang gibt, das Gegenteil der Marxschen Theorie des Primats der Wirtschaft – eine heute vor allem von Kapitalisten geglaubte Theorie – gilt. Die Wirtschaftsreformen von Leszek Balcerowicz in seiner kurzen, aber entscheidenden Zeit als polnischer Finanzminister waren sehr wichtig, aber die institutionelle Stabilität des polnischen Staates trotz aller Regierungswechsel ist ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger. Wo es Zweifel an politischen Institutionen gibt, können Ökonomien nicht gedeihen. Die unsichtbare Hand kann die sichtbare Hand weder ersetzen noch schaffen, und gesunde Gemeinwesen brauchen beide. Sie brauchen funktionierende Märkte und verlässliche Regeln, die auf stabilen Institutionen beruhen.⁶⁷

66 Ebd. (2004), S. 313.

67 Ebd. (2004), S. 158.

Gehler:

Worin liegt die Bedeutung dieser Befunde für Europas Integration und inwiefern wird die Währung dabei unterbewertet?

Dahrendorf:

Die Relevanz solcher Beobachtungen für Europa liegt auf der Hand. Wenn wir eine politische Union wollen, wird uns keine wirtschaftliche Hinterlist dahin bringen. Gewiss, Geld markiert die Grenzlinie zwischen Politik und Ökonomie. Die Stabilisierung des Zloty war selbst eine institutionelle Leistung. Der argentinische Wirtschaftsminister Cavallo mag wohl Recht daran getan haben, die Bindung des Peso an den Dollar in der Verfassung des Landes zu verankern. Aber Polen und Argentinien existierten lange vor solchen Maßnahmen und hätten auch mit höchst instabilen Währungen weiter existiert; für Europa gilt das so nicht. Der nächste Schub zur Europäischen Union muss politisch und nicht ökonomisch sein. Wenn wir voranschreiten wollen, müssen wir zurückkehren zu den Plänen und Ideen der frühen Nachkriegszeit. Die Europäische Menschenrechtskonvention in die EU-Verträge aufzunehmen könnte den Bürgern Europas ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl geben als alle Propaganda aus Brüssel für die Währungsunion. Selbst wenn die Wiederbelebung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft unnötig ist, solange die NATO ihre Aufgabe befriedigend versieht, verdient doch ein anderes Relikt der Nachkriegszeit, die Westeuropäische Union (WEU), unsere Aufmerksamkeit als möglicher Beginn der geplanten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sogar die Pläne für eine Politische Behörde könnten wiederbelebt werden.⁶⁸

Gehler:

Seit dem Unionsvertrag von Maastricht verstärkten sich populistische Tendenzen in Europa und positionierten sich gegen die EU. Wie nehmen Sie Populismus wahr? Kann er die Probleme lösen?

Dahrendorf:

Populismus ist einfach, Demokratie ist komplex: das ist am Ende vielleicht das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Formen des

68 Ebd. (2004), S. 158-159.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Bezuges auf das Volk. Man muss es noch genauer sagen. Populismus beruht auf dem bewussten Versuch der Vereinfachung von Problemen. Darin liegt sein Reiz und sein Erfolgsrezept. Das Verbrechen nimmt überhand? Wir müssen härter durchgreifen. Es kommen zu viele Asylanten ins Land? Man muss ihnen den Zugang versperren. Der globale Kapitalismus macht uns arm? Man muss seinen Protagonisten die Flügel stutzen. So einfach ist das.

Aber es ist eben nicht so einfach. Wenn Populisten regieren, merken sie das. Dann stehen sie ratlos vor der Komplexität. Sie treffen noch ein paar symbolische Entscheidungen – eine Verstärkung der Polizei, ein Gefängnis für illegale Zuwanderer, eine Rede in Porto Alegre und nicht Davos – , aber damit hat es sich dann auch. Das Gestrüpp der Probleme bleibt, ein Dickicht ohne Schneisen, eine Aufgabe für härtere Figuren als die Demagogen.⁶⁹

Gehler:

Zurück zur Rolle Großbritanniens: Wie erlebten Sie diese in den Europäischen Gemeinschaften? War Tony Blair nach Edward Heath einer der europäischen Premiers?

Dahrendorf:

Ja, ich setze sehr große Hoffnungen auf Blair, aus mancherlei Gründen. Er hat es gleich zu Beginn seiner Regierungszeit geschafft, das Eurothema zu entideologisieren und damit auch weniger emotional anzugehen. Man kann wieder über Europa reden, ohne gleich eine fundamentalistische Diskussion zu führen, wie es bei den Konservativen der Fall war. Das halte ich für eine beträchtliche Leistung, und ich glaube, wenn die Währungsunion kommt, wird es nicht sehr lange dauern, bis Blair den britischen Wählern in einem Referendum vorschlägt, dass auch Großbritannien beitreten sollte. Dafür sprechen auch wirtschaftspolitische Gründe, aber vor allem die neue, viel unbefangene Einstellung zu Europa. ... Und wenn zukünftige Historiker darangehen, die ersten zweihundert Tage der Regierung Blair zu untersuchen, werden sie eine erstaunliche Zahl an weitreichenden Entscheidungen

69 Ebd. (2004), S. 318.

feststellen, von der Unabhängigkeit der Bank von England bis zur schottischen Devolution. In Deutschland wäre das nicht möglich.⁷⁰

Gehler:

Worauf gründet sich jedoch der langanhaltende britische Euroskeptizismus?

Dahrendorf:

... dass es aus der britischen Perspektive bisher starke Ressentiments gegen die Brüsseler Bürokratie gibt, verstehe ich gut. Der Widerspruch zwischen dem alltäglichen Europa und dem gewollten Europa ist nicht leicht zu ertragen. In Deutschland merkt man das vielleicht nicht so, weil hier vieles nicht so direkt in die Praxis umgesetzt wird wie in England. Die Entscheidungen werden ja weder vom Europäischen Rat noch von den Ministerräten getroffen, noch nicht einmal von den ständigen Vertretern. Sie werden auf einer niedrigeren Beamtenebene vorbereitet, segeln dann als nicht diskutierte Punkte am Anfang der Tagesordnung durch die diversen Räte und werden Gesetz.

Ich sitze in dem Gremium im House of Lords, das die europäische Gesetzgebung zu überprüfen und zu kommentieren hat. Und die Dinge, die im Alltagsleben weh tun, hat kein Minister je gesehen. Wenn ich in meinem College Studentenwohnheime schließen muss, weil die Türen nicht der neuen Feuerschutzbestimmung aus Brüssel entsprechen, dann weiß ich genau, das hat kein Minister, kein Staatssekretär und kein Botschafter je gesehen. Übrigens stecken sehr oft andere Interessen dahinter, vertreten von nationalen Beamten und Lobbies. Brüssel ist ein Paradies für Lobbies.⁷¹

Gehler:

Was geschieht in der britischen Politik eigentlich anders als in Deutschland?

Dahrendorf:

Die Problematik ist ja in Deutschland ganz anders als in Großbritannien. In Großbritannien werden manche Dinge zu schnell eingeführt, noch bevor sie

70 Hauser (Hrsg.), Schmidt (1998), S. 115-117.

71 Ebd. (1998), S. 116.

hinlänglich durchdacht sind. Im schlimmsten Fall, wie im Fall der Kopfsteuer der Regierung Thatcher, kann das dann der Anfang vom Ende einer Regierung sein. Es gibt eigentlich keine gründliche Prüfung von Regierungsentscheidungen. Aber ich möchte beinahe sagen: Wir haben ja in Großbritannien auch Spaß daran, dass Dinge schnell geschehen, dass das politische Leben eigentlich immer interessant ist.

Jemand hat das britische Regierungssystem einmal als Wahldiktatur bezeichnet, ein Konservativer übrigens. Der Premierminister hat, wenn er über eine Mehrheit im Unterhaus verfügt, Machtbefugnisse wie wahrscheinlich kein anderer europäischer Regierungschef. Er kann wichtige Entscheidungen in wenigen Tagen durchsetzen.⁷²

Gehler:

Als liberaler Intellektueller oder – umgekehrt formuliert – als intellektueller Liberaler liegt die Frage auf der Hand wie Sie den europäischen Liberalismus und seine Parteien bewerten?

Dahrendorf:

Seit einiger Zeit beschäftigt mich die Tatsache, dass die lateinischen Länder Europas (wenn dieses eher breite Konzept einen Sinn hat) in den letzten fünfzig Jahren, wenn nicht schon länger, zwar große liberale Gestalten gesehen, aber keine machtvollen liberalen Parteien hervorgebracht haben. Die Freiheit mag für viele der erste Wert sein, aber wenn es um Parteien geht, ist die Wahl nach wie vor eine zwischen links und rechts. Gelegentliche Ausnahmen, wie die post-franquistische Regierung, in der Joaquin Garrigues Walker diente, dauerten nicht. Andere Beispiele aus lateinischen Ländern kommen einem in den Sinn.

Ich erinnere mich noch lebhaft an Giovanni Malagodi; und dann ist da der große alte Mann des italienischen Liberalismus, Norberto Bobbio. Bobbio argumentierte beredt, dass die Unterscheidung von rechts und links zwar für Liberale lästig sein mag, aber nichtsdestoweniger real ist. Malagodi überraschte in seinen späteren Jahren viele, indem er deutlich nach links rückte. Das mag einer der Gründe gewesen sein, warum er als Führer einer Zwei-

72 Ebd. (1998), S. 117.

Prozent-Partei hinlänglich Unterstützung fand, um zum Präsidenten des italienischen Senats gewählt zu werden. In Frankreich sind viele Intellektuelle Liberale, und niemand war es mehr als mein verstorbener väterlicher Freund Raymond Aron; aber trotz der zeitweisen Erfolge von Giscard d'Estaings heterogener Union, und trotz eindrucksvoller Gestalten wie Simone Veil, ist es schwer, in Frankreich eine ernsthafte liberale Partei auszumachen. Ganz ähnlich sieht es in Portugal aus, wo ich Freunde habe, die sich eher verloren fühlen zwischen einer Sozialistischen Partei, deren Führer Maria Soares sie durchaus unterstützen, und einer neoliberalen Partei, die sich verwirrenderweise Sozialdemokratische Partei nennt, und die vielleicht eine Heimat für sie hätte sein können, das aber nicht ist. In gewisser Weise waren und sind sie „gleich weit entfernt von beiden Seiten“.⁷³

Gehler:

Welche Entwicklungen sind nach dem Ende des Kalten Kriegs zu erwarten gewesen?

Dahrendorf:

Manche Antworten, die in der Theorie und auch in der Realität gegeben werden, sind durchaus beunruhigend. Eine davon ist, dass der Kalte Krieg zwischen Kapitalismus und Kommunismus ersetzt werden wird und auch ersetzt werden soll durch mächtige regionale Blöcke. Asien, Europa und Amerika werden am häufigsten genannt. Zuweilen werden sie mit Organisationen identifiziert, APEC, EU, NAFTA (Akronyme blühen in dieser Zeit). Das sind allesamt Wirtschaftsallianzen, wobei man angesichts des globalen Marktplatzes auch zu dem Schluss kommen kann, dass sie wenig wirtschaftlichen Sinn haben außer dem Schutz ihrer Mitglieder vor den übrigen. Dieser Zweck wird noch deutlicher, wenn umfassendere politische Motive ins Spiel kommen, wie im Fall der NATO und ihrer Osterweiterung. Das eurasische „Herzland“ (wie Halford Mackinder Russland und Europa am Anfang des 20. Jahrhunderts beschrieben hat) schreitet einmal mehr voran, obwohl es dabei mindestens so viele Fragen aufwirft, wie es beantwortet. Was genau ist der Antrieb für das Streben nach einer „immer engeren Union“ der kleinen

73 Dahrendorf, Wiederbeginn (2004), S. 189-190.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

und mittleren Länder, die sich in der EU versammelt haben? Gegen wen müssen sie sich schützen, und welche Instrumente gedenken sie im Konzert der Blöcke zu spielen? Wo bleiben angesichts einer erweiterten NATO die an ihrem Rand Stehenden, die Ukraine etwa und manche Südosteuropäer? Was vor allem wird der Ort und die Rolle des nachsowjetischen Russlands sein? Wohin gehört China in diesem Bild? Wohin Indien? Muss Südamerika die NAFTA unterstützen, was am Ende zu einer neuen Monroe-Doktrin führen könnte? Dies sind explosive Fragen in einer kaleidoskopischen Welt, in der sich neue Formen von Allianzen ohne deutliches Muster oder klaren Zweck bilden und auch wieder auflösen.⁷⁴

Gehler:

Welche Rolle spielen noch die bisherigen Ideologien? Sind es neue ideologische Trennlinien, die an ihre Stelle treten?

Dahrendorf:

Der amerikanische Politologe Samuel Huntington hat jedenfalls viele Leser gefunden für sein Buch über den Kampf der Kulturen (1996).⁷⁵ Seine These besagt, dass die großen Weltreligionen, vor allem Christentum und Islam, die Grundlage neuer Antagonismen mit dem Potential zu politischen und sogar bewaffneten Konflikten bilden. An der Jahrhundertwende ist der Gegensatz, wenn nicht der Zusammenstoß eines weitgehend säkularisierten Christentums und eines neuerlich orthodoxen Islam klar zu erkennen. Das erstere ist stark in Europa, Nord- und Südamerika und einigen anderen Teilen der Welt, der letztere im Nahen Osten, in wichtigen Teilen West- und Südostasiens und zunehmend in Afrika. Manche gewaltsamen Zusammenstöße mit islamischen Kräften betreffen nicht nur das Christentum, sondern auch andere Religionen wie das Judentum und den Hinduismus.

Aus einer anderen Perspektive stellt dieser neue Konflikt säkularisierte und fundamentalistische Glaubensüberzeugungen gegeneinander. So gesehen ist die Modernität selbst das Thema, wobei säkularisierte religiöse Gruppen dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und für Gott nur das geistliche Leben

74 Ebd. (2004), S. 239.

75 Samuel Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996.

vorbehalten, während Fundamentalisten „integristisch“ handeln (um die französische Beschreibung zu nehmen), weil sie das Gesetz zu kennen glauben, das auf alle Sphären des Lebens Anwendung findet. Während in den säkularisierten Gesellschaften Menschen als Einzelne von der Weltwirtschaft grundsätzlich profitieren können, wollen fundamentalistische Gesellschaften ältere Formen des Zusammenhalts und der Herrschaft auch um den Preis wirtschaftlicher Nachteile bewahren.⁷⁶

Gehler:

Wir haben jetzt sehr viel über die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Union gesprochen. Wie sehen Sie andere europäische Institutionen, die sich in deren Schatten bewegen?

Dahrendorf:

Es bleibt ein Wort über den Europarat zu sagen, der den hier erörterten Prozess auf vielfältige Weise gefördert hat. Die Kommission und der Gerichtshof für Menschenrechte sind zum Modell eines Rechtsprozesses geworden, der nur durch seine Urteilskraft – also ohne die Macht des Schwertes oder des Geldes – den Respekt der meisten Mitgliedsstaaten errungen hat. Er hat zudem ein eigenes Ethos entwickelt, das die Verpflichtung aller Träger der Institutionen zur Herrschaft des Rechts verkörpert. Durch die prüfende Kontrolle der Mitglieder des Europarats, vor allem der in jüngster Zeit hinzugekommenen, hat er einen wesentlichen Beitrag zur Verbreitung des Verständnisses für den Rechtsstaat geleistet. Es ist nicht die Aufgabe des Gerichtshofes, missionarisch tätig zu werden, zumal die Gerichte der Mitgliedsstaaten ihren eigenen Platz in Straßburg haben, aber das von Präsident Wildhaber bekundete Programm eines „permanenten Dialogs mit den obersten Gerichten der Mitgliedsstaaten“ ist eine löbliche Absicht.

Was der Gerichtshof nicht tun kann, können Ministerrat und Parlamentarische Versammlung tun. Hier indes kann ich eine gewisse Sorge nicht verhehlen, dass der Ministerrat bereit zu sein scheint, neue Mitglieder aufzunehmen, bei denen jetzt schon evident ist, dass sie bald für Verletzungen der Menschenrechte unter Anklage stehen werden. Wäre es nicht besser, einen

76 Dahrendorf, *Wiederbeginn* (2004), S. 240.

Kandidatenstatus für Länder zu schaffen, denen die europäischen Institutionen auf ihrem Weg zur Herrschaft des Rechts mit Rat und Tat zur Seite stehen? Doch bewege ich mich hier auf gefährliches politisches Gelände, während doch meine Absicht in diesen Bemerkungen allenfalls verfassungspolitisch war – nämlich jene noble liberale Ordnung zu schaffen und zu erhalten, die dort besteht, wo Demokratie und die Herrschaft des Rechts miteinander verbunden sind.⁷⁷

Gehler:

Seit dem Verfassungskonvent, der 2002 und 2003 tagte, wurde von einem „Verfassungsvertrag“ gesprochen. Sehen Sie darin eine Antwort auf die Frage der Finalität der EU?

Dahrendorf:

Der gegenwärtig aktuellste Weg, um Europa von seiner bescheidenen Realität der großen Vision näherzubringen, ist der eines europäischen Verfassungsvertrages. Die Methode ist nicht gerade von Präsident Giscard d'Estaing erfunden worden, aber er hat sie sich zu eigen gemacht und sie durch die Beratungen des Konvents hin mit großer Entschiedenheit vertreten. Der Grundgedanke dieses Ansatzes lautet – zumindest im Rahmen der hier entwickelten Argumentation –, dass durch die Schaffung institutioneller Verankerungen des politischen Handelns garantiert werden kann, dass Europa den Weg zur erstrebten Union findet. Was genau ist eine Verfassung? Dass sich darüber die Gelehrten streiten ist für uns andere fast schon tröstlich ... Der Unterschied ist wichtig, und er wird in misslicher Weise vermischt, wenn man von einem „Europäischen Verfassungsvertrag“ spricht. Tatsächlich handelt es sich dabei um einen Vertrag, auch wenn dieser vornehmlich Spielregeln des Zusammenwirkens etabliert. Jedenfalls werden auf diese Weise zwei Kernfragen nicht beantwortet, die doch beantwortet werden müssen, wenn es gelingen soll, die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit Europas mit institutionellen Mitteln zu schließen: Gibt es identifizierbare und anerkannte finalités politiques, also politische Zielsetzungen (wie

77 Ebd. (2004), S. 274.

die „immer engere Union“) der europäischen Konstruktion? Worum geht es bei dieser Konstruktion?

Die Antwort auf diese Fragen lässt sich nicht aus der europäischen Realität ableiten. Vielleicht gibt es auch keine einfache, richtige Antwort darauf. Meine Antwort jedenfalls – die in Brüssel nicht viele Freunde hat – ist, dass wir das alles nicht so genau wissen. Es gibt jedenfalls keine identifizierbaren und anerkannten *finalités politiques* in Europa, auch wenn manche davon überzeugt sind zu wissen, wie diese aussehen sollen. Wir finden uns in einem Prozess mit ungewissem Ende, der zu Vereinigten Staaten von Europa führen kann, aber auch zur Renationalisierung, ja Fragmentierung politischer Räume. In welche Richtung wir tatsächlich gehen, ist eine Sache spezifischer politischer Entscheidungen – über die Haltung zum Irak, über den Stabilitätspakt, über Asylanten und Zuwanderer – und nicht allgemeiner Regeln. Ein Verfassungstext hilft bei solchen Entscheidungen nicht, weil er den falschen Eindruck erweckt, dass schon erreicht sei, was doch einstweilen bloße Absicht bleibt, und zudem Absicht von einigen, nicht von allen. Europa ist in seinem gegenwärtigen Zustand ein Prozess, nicht ein Ziel, und, sogar ein Prozess ohne bestimmtes und definiertes Ziel. Es ist daher – wie der polnische Premierminister Miller es formulierte – ein Thema für die Biologie, nicht die Geologie. Es braucht die Anerkennung von Entwicklungsbedingungen, nicht die Fixierung vorhandener Strukturen in einer Verfassung.⁷⁸

Gehler:

Das klingt weder optimistisch noch sonderlich positiv.

Dahrendorf:

Wenn dies zu negativ klingt, mag es helfen, ein paar Formulierungen des Schweizer Professors Francis Cheneval zu erwähnen. Cheneval spricht vom „Paradox“ der Europäischen Union, die weder eine Föderation noch eine Konföderation ist und deren Verfassungsordnung, wenn es sie denn gibt, „nicht in einem Volk verankert ist und auch keines konstituiert“. Europa „stellt einen offenen konstitutionellen Prozess dar“. Dies ist für Cheneval keineswegs eine Schwäche; es ist im Gegenteil ein höchst origineller Stand

78 Ebd. (2004), S. 309-311.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

der Dinge, denn es „entspricht der kosmopolitischen Leitidee der politischen Gemeinschaft von Nationalstaaten“. Der Gedanke verweist auf Kant. Er besagt, dass wir handeln sollten, als ob Kooperation in Europa in dem Masse richtig sei, in dem sie sich anwenden lässt auf die weiteren Räume einer kosmopolitischen Weltgemeinschaft.

Der Gedanke hat den Vorteil, dass er einen Maßstab liefert, der sowohl moralische als auch konstitutionelle Qualitäten hat. Das ist natürlich keine Beschreibung der wirklichen Europäischen Union, die im Gegenteil einige der schlimmsten protektionistischen Züge von Nationalstaaten trägt. Doch das steht auf einem anderen Blatt. Die Frage hier ist: wohin geht die Union? Und würde ein Verfassungstext ihr auf ihrem Weg helfen?⁷⁹

Gehler:

Immer wieder taucht das Wort von der „ever closer union“ auf. Was kann denn damit genau gemeint sein? Wohin sollte Ihrer Ansicht nach die EU eigentlich hinsteuern?

Dahrendorf:

Das sind Fragen ohne klare Antworten. Statt der Antworten begegnen uns vielmehr neue Fragen. Zum Beispiel ist es gar nicht mehr ganz leicht zu begründen, warum wir eigentlich eine immer engere Union in Europa haben sollten. In der Frühzeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergab sich die Antwort aus dem Kalten Krieg. Es gab das Prinzip der „russischen Puppe“: deutsch-französische Freundschaft innerhalb der Europäischen Gemeinschaft innerhalb der NATO innerhalb des Westens. Dann war da das Element der Kontrolle der deutschen Entwicklung. Aber heute? Die verbreitete Vorstellung, dass Europa in der Lage sein muss, einen Widerpart zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu liefern, scheint mir ebenso abwegig wie der Wunsch, mit Hilfe der Verfassung ein europäisches Sozialmodell festzuschreiben. In beiden Fällen werden die kosmopolitischen Ansprüche geleugnet, ja verletzt, die doch die Verfassung der Freiheit unter allen Umständen stellt. Trotz all der Sonntagsreden mit ihren Visionen gibt es im Grunde

79 Ebd. (2004), S. 311.

keine plausible Antwort auf die Frage, warum wir eine immer engere Union haben müssen.⁸⁰

Gehler:

Es stellen sich viele weitere Fragen nach dem gemeinschaftlichen Europa. Welche Identität hat es? Gibt es ein europäisches Volk? Wenn ja wie steht es um den europäischen Demos? Wie weit ist die EU demokratisch legitimierbar und legitimiert?

Dahrendorf:

Europa existiert, so wird gesagt, und es hat eine Identität, die in Form einer Verfassung Ausdruck finden muss. Auch hier ist zunächst zu fragen, ob dies denn stimmt. Ein Aspekt der europäischen Realität, den wir zu Recht preisen und verteidigen, ist die Demokratie. Indes wie kommt es dann, dass wir die zutiefst undemokratischen Institutionen der Europäischen Union tolerieren? Der Papst sähe gerne Europas christliche Wurzeln in der europäischen Verfassung verankert. Aber wie steht es dann mit den vielen Millionen Europäern, die sich in dieser Tradition nicht wiederfinden? Und dann: gibt es überhaupt ein europäisches demos, ein Staatsvolk, das eine demokratische Union trägt? Hier stellt sich eine selten erörterte, aber wichtige Frage. Es wird häufig gesagt und allgemein anerkannt, dass Europa stark ist wegen der Vielfalt seiner Kulturen. Manches spricht für diese These. Aber ist Europas Vielfalt wirklich vereinbar mit dem Ziel einer immer engeren Union? Haben wir uns nicht vielleicht auf einen Prozess eingelassen, in dessen Verlauf wir unsere größten Werte durch überzogene Einheitswünsche zerstören?

Das sind heikle, zum Teil auch schwierige und vor allem wichtige Fragen. Sie werden nicht durch einen Konvent beantwortet und auch nicht durch den Text eines Verfassungsvertrages. Zugleich aber müssen sie beantwortet werden, wenn wir die Kluft zwischen Vision und Realität in Europa schließen wollen.

Es steht also zu vermuten, dass weder die Hallstein-Route noch die Giscard-Route uns wesentlich hilft, wenn es darum geht, die Kluft zwischen dem

80 Ebd. (2004), S. 311-312.

Sonntags-Europa und dem Alltags-Europa zu schließen. Beide treffen das Problem nicht. Was aber ist dann der Weg?⁸¹

Gehler:

Der Verfassungskonvent tagte im Schatten des anglo-amerikanischen Irakkrieges mit seinen 'bereitwilligen Verbündeten'. Wie würden Sie diesen beurteilen und welche Zusammenhänge bestanden zwischen dem dritten Golfkrieg und dem Konstitutionalisierungsversuch des gemeinschaftlichen Europas?

Dahrendorf:

Der Irakkrieg vom Frühjahr 2003 machte solche Differenzen weltweit sichtbar. Während Frankreich, und in seinem Schlepptau Deutschland, eine UN-Resolution zur Legitimierung der amerikanischen Intervention verhinderten, beteiligten sich Großbritannien und in bescheidenerem Masse auch Spanien und Polen an der militärischen Intervention im Rahmen einer „Koalition der Willigen“. Vor allem distanzierten sie sich in dem berühmt gewordenen „Brief der Acht“ von einer Europa-Konzeption, die die europäische Zusammenarbeit als Gegengewicht, wenn nicht sogar als Gegner der USA sah. Überall in Europa waren die Völker gespalten in ihren Präferenzen; dennoch spiegelten die Regierungen Unterschiede in mehr als Nuancen zwischen „Westlern“ und „Europäern“. Hic Rhodus, hic salta war das Gebot der Zeit. Man musste sich entscheiden, und meine Entscheidung für die westliche Position war eindeutig.⁸²

Gehler:

Sie haben bald nach Ende des Irakkrieges einen Vortrag dazu am Deutschen Historischen Institut in London gehalten. Können Sie auf den Hintergrund und das Ergebnis eingehen?

81 Ebd. (2004), S. 312.

82 Ebd. (2004), S. 322.

Dahrendorf:

Es handelt sich dabei um einen in London, aber unter den Auspizien deutscher Institutionen gehaltenen Vortrag. Der Anlass der vom Deutschen Historischen Institut London veranstalteten ersten Bucerius-Vorlesung verbot eine explizit politische Argumentation, wengleich für den aufmerksamen Leser meine Haltung deutlich genug wird. Indes mag es nützlich sein, wenn ich diese Haltung ausdrücklich noch einmal formuliere.

Die Bucerius-Vorlesung wurde am 21. Mai 2003 gehalten. Der militärische Teil des Irakkrieges war also vorbei. Indes hatte ich im Vorfeld dieses Krieges in mehreren Interventionen im House of Lords die Position des britischen Premierministers Blair unterstützt. Das geschah am deutlichsten in der Irak-Debatte vom 26. Februar 2003 (Hansard 296-7). „In meinem Verständnis ist Krieg niemals moralisch gerechtfertigt“, sagte ich dort. „Indes gibt es Zeiten, in denen es nötig ist, das moralisch Zweifelhafte im Interesse der Strukturen zu tun, die es erlauben, dass unsere Werte obsiegen.“ Dabei müssen klare Gründe gegeben werden. Saddam Hussein in seine Schranken zu weisen, ist nicht mit Akten des Terrorismus begründbar, noch nicht einmal mit der möglichen Existenz von Massenvernichtungswaffen in seiner Hand. „Es ist vielmehr die grundlegende Natur seines Regimes, die mich dazu führt, die Notwendigkeit der Eindämmung durch Intervention zu akzeptieren.“ Da bleiben viele wichtige Detailfragen zu klären. „Was immer getan wird, muss motiviert sein durch den Wunsch, eine Welt der Regeln zu schaffen, die für alle Menschen gelten können.“ Am Ende aber „entscheide ich mich eindeutig für die Unterstützung der Position, die der Premierminister konsequent und mutig eingenommen hat.“⁸³

Gehler:

Eine Reihe namhafter Intellektueller und Philosophen sahen – ganz im Unterschied zu Ihnen – dagegen im Irakkrieg eine Chance für ein neues Europa. Wie haben Sie das empfunden? Können Sie diese Position und Ihre Einschätzungen dazu wiedergeben?

83 Ebd. (2004), S. 322-323.

Dahrendorf:

Die erfolgreiche Militäraktion im Irak war keineswegs das Ende der öffentlichen Diskussion des Themas. Auf der hier interessierenden Ebene nahm im Juni 2003 Jürgen Habermas (unterstützt durch Jacques Derrida und in einer Parallelaktion mit anderen kontinentaleuropäischen Philosophen) die Frage der „Erneuerung Europas“ im Kontrast zu den USA auf. Er zeichnete das Bild eines „Kerneuropa“, das sich um die „weichen“ Werte Europas schart und im Geist der Anti-Kriegsdemonstrationen vom 15. Februar 2003 einen zweiten Pol in der Welt bildet. Rousseau statt Hobbes – so könnte man diese Position mit einer Anspielung auf Robert Kagans Buch *Macht und Ohnmacht* bezeichnen.⁸⁴

Die Diskussion wogte hin und her, vor allem in Deutschland. Meiner Meinung nach verfehlte sie jedoch entscheidende Punkte. Einer davon ist, dass der Westen differenzierter, komplexer geworden ist, als er es in Zeiten des Kalten Krieges, also vor 1989, war, dass aber sein Kern, nämlich die angewandte Aufklärung, unverändert kräftig und wichtig geblieben ist. Westen und angewandte Aufklärung bedeuten jedoch notwendigerweise Gemeinsamkeit der USA und Europas (und anderer Länder). Jede Spaltung des Westens schwächt die Werte der Aufklärung.

Ein anderer Punkt, den die Habermas-Diskussion verfehlte, führt zurück zu Rousseau und Kant. Autoren, die Europa gegen Amerika setzen wollen, haben oft eine eigentümlich idyllische Vorstellung dessen, wofür Europa steht. Für sie ist Europa Arkadien, und Amerika eine Hobbessche Welt des Krieges aller gegen alle. Sie hätten mehr Kant lesen sollen.

Immanuel Kant war aus anderem, härterem Holz geschnitzt als der Genfer Träumer von Arkadien. Kant wusste nicht nur, dass es Macht gibt, sondern dankte der Natur „für die Unvertragsamkeit, für die missgünstig wetteifernde Eitelkeit, für die nicht zu befriedigende Begierde zum Haben oder auch zum Herrschen“. Nur durch die „ungesellige Geselligkeit“ der Menschen, also durch Vielfalt und Zwiespalt, durch „Antagonismus“, können Menschen der

84 Ebd. (2004), S. 323; Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003.

arkadischen Idylle entkommen, in der „bei vollkommener Eintracht, Genügsamkeit und Wechselliebe alle Talente auf ewig in ihren Keimen verborgen bleiben.“

Wir sind Kantianer. Wie Kant wollen wir eine allgemein das Recht verwaltende bürgerliche – und am Ende weltbürgerliche Gesellschaft, die für immer unvollkommen und konfliktreich, aber vor allem offen ist. Zu ihr kann ein erneuertes Europa einen großen Beitrag leisten, wie ihn Amerika schon seit mehr als 200 Jahren immer wieder leistet.⁸⁵

Gehler:

Das ist ein Zitat aus einem Artikel, den Sie und Timothy Garton Ash nach eingehender Debatte gemeinsam verfasst und in der *Süddeutschen Zeitung* am 5./6.7.2003 veröffentlicht haben.

Dahrendorf:

Dieser Artikel betont ausdrücklich die Errungenschaften des Prozesses der europäischen Einigung: die Vereinigung des ab 1. Mai 2004 erweiterten Europa; die Durchsetzung der „Kopenhagen-Kriterien“ für Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft; die beständige Suche nach einer Verbindung von Wirtschaftsfreiheit und sozialer Solidarität.

Solche Ansätze führen noch einmal zu Kant. Es ist die „weltbürgerliche Absicht“, so zu handeln, dass unser Tun als Prinzip einer allgemein das Recht verwaltenden Weltbürgergesellschaft gedacht werden kann. Der Weg zu dem Ziel mag weit, ja das Ziel mag in seiner Fülle unerreichbar sein, aber es leitet das, was wir tun und was wir nicht tun. Nicht jede heute verfochtene Version der Europäischen Union und nicht jede Regierung in Washington ist solchen Maximen gefolgt. Sie beschreiben indes das Europa und das Amerika, das wir wollen, und damit die gemeinsamen Zwecke beider.

Europa als Vorgriff auf eine Weltordnung, die gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu schaffen ist – das ist keine einfache, möglicherweise einstweilen auch keine mehrheitsfähige Position, aber doch eine, die mehr Zukunft haben könnte als der eher krampfhaft Versuch, eine Art von

85 Dahrendorf, *Wiederbeginn* (2004), S. 323-324.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

„Vereinigten Staaten von Europa“ zu schaffen. Doch ist das nur die Konkretisierung einer Position... Sie ist mit dem Begriff der angewandten Aufklärung ganz gut beschrieben.⁸⁶

Gehler:

In welchem Verhältnis sehen Sie das Europa der EU und die Vereinigten Staaten von Amerika?

Dahrendorf:

Nach meiner Überzeugung wird ein Europa, das sich als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten versteht, nicht zustande kommen, und wichtiger noch, es sollte auch nicht zustande kommen. Zunächst einmal ist ein solches Europa einfach nicht realistisch. Zumindest was die „harte Macht“ betrifft, gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass Europa es Amerika an Stärke gleich tun will. Selbst wenn die Militärbudgets der europäischen Länder massiv erhöht würden (was unwahrscheinlich ist), wäre das Ergebnis bescheiden gemessen an der Stärke des amerikanischen Militärapparates. Überdies würde ein sogenannter Außenminister für Europa noch nicht bedeuten, dass es wirklich eine gemeinsame Außenpolitik gibt. Frankreich und das Vereinigte Königreich werden ihr Veto in den Vereinten Nationen nicht aufgeben; und bevor alle Europäer sich über eine gemeinsame Politik einig geworden sind, werden jene Mitglieder, die Sonderinteressen vertreten, die notwendigen Entscheidungen einseitig getroffen haben. Britannien und die Falklandinseln, Frankreich und das frankophone Afrika, in der Tat Deutschland und seine Vereinigung sind nur einige der auffälligsten Beispiele.

Wichtiger ist indes, dass es nicht nur nicht wünschenswert wäre, sondern den Interessen der Europäer widerspräche, den Westen in der internationalen Politik zu spalten. Es mag durchaus und wird wahrscheinlich immer Unterschiede zwischen westlichen Ländern in der Wahl der Methoden der Politik geben.⁸⁷

86 Ebd. (2004), S. 324.

87 Ebd. (2004), S. 333-334.

Gehler:

Robert Kagan hat die kontrastreichen Bilder der Hobbesschen USA und einem kantianischen Europa strapaziert.

Dahrendorf:

Kagan mag sogar Recht haben, dass manche dieser Unterschiede auf Europas vergleichsweise schwacher Position in Fragen der harten Macht beruhen. Diese wird Europäer dazu ermutigen, stärker auf „wirtschaftlicher und weicher Macht“ zu bestehen, auf „internationalem Recht und internationalen Institutionen“, überhaupt auf „übereinstimmend beschlossenen internationalen Verhaltensregeln“. Aber nichts von alledem kann ablenken von dem gemeinsamen Interesse an der Verteidigung der liberalen Ordnung gegen alle Aggressoren, und mehr noch, an der Verbreitung ihrer Prinzipien in der übrigen Welt. Je zersplitterter der Westen ist, desto verwundbarer wird er, und wenn er sich selbst spaltet, dann hat er den Kern seiner Kraft aufgegeben.⁸⁸

Gehler:

Wie beurteilen Sie die Vorstellung einer EU als „soft power“?

Dahrendorf:

Seit Joseph Nye die Unterscheidung von „harter“ und „weicher Macht“ eingeführt hat, haben nicht nur amerikanische Kritiker wie Kagan, sondern auch Europäer selbst gerne von Europas „weicher“ Stärke gesprochen. Manche haben sich so in den Gedanken verliebt, dass sie einen „Niedergang der amerikanischen Macht“ angesichts von Europas „weicher Macht“ vorhersehen zu können meinen. Man muss sich nicht nur fragen, was genau das bedeuten soll, sondern vor allem, inwieweit es stimmt. Wirtschaftliche Macht ist oft nicht mehr als eine statistische Fiktion. Bruttosozialprodukte werden für Länder zusammenaddiert, während doch die Macht bei Unternehmen liegt, die, wenn sie überhaupt eine Nationalität haben, am ehesten zumindest zum Teil amerikanisch sind. Zudem ist Amerikas Magnetismus in der Welt unvermindert. Selbst potentielle Terroristen würden sich möglicherweise auf ein Leben in den Vereinigten Staaten an Stelle ihrer Selbstmordkarriere ein-

88 Ebd. (2004), S. 334.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

lassen, wenn sie ein Einwanderungsvisum bekämen; jedenfalls träumt wahrscheinlich der größere Teil der Menschheit zuweilen davon, Amerikaner zu sein. Der Grund ist die Verlockung der angewandten Aufklärung, der liberalen Ordnung, die die Initiative des Einzelnen in einem Klima offener Chancen ermutigt.⁸⁹

Gehler:

Was hat der Irakkrieg von 2003 mit Blick auf die EU zehn Jahre nach Maastricht im Verhältnis zu den USA verändert?

Dahrendorf:

Das resultierende Vakuum an Zielsetzung ist nun in zunehmendem Masse gefüllt worden durch die überraschende und nach meinem Urteil unselige Entdeckung eines neuen Feindes in Form der Vereinigten Staaten von Amerika. Immer mehr europäische Politiker und Bürger wollen Europa, wenn nicht gegen die Vereinigten Staaten, dann doch mit der Absicht bauen, Europa in die Lage zu versetzen, sein eigenes Gewicht in die Waagschale zu werfen, um die Hegemonialmacht Amerikas aufzuwiegen. Sogar der Euro wird von manchen als Gegengewicht zum Dollar gesehen. Viel wird hergemacht von der angeblichen Notwendigkeit, das „europäische Sozialmodell“ zu schützen und zu entwickeln gegen die Eingriffe einer neoliberalen Politik, die von Ökonomen in Chicago erfunden wurde und im „Konsens von Washington“ Gestalt gewonnen hat. In jüngster Zeit hat die populäre und doch unscharfe Suche nach einer gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik manche dazu verleitet, von einer multipolaren Welt zu träumen, in der Europa eine unabhängige Rolle als einer der Machtpole spielt. Selbst die Entdeckung während der Irak-Episode, dass die Interessen der Europäer weit auseinanderklaffen, hat solche Hoffnungen nicht entmutigt, zumal manche dem Glauben anhängen, dass die Spaltung Europas ein bewusstes Ziel der amerikanischen Politik war.⁹⁰

89 Ebd. (2004), S. 334.

90 Ebd. (2004), S. 333.

Gehler:

Worin sehen Sie die eigentliche Problematik der EU?

Dahrendorf:

Die Europäische Union hat viele kleine und auch nicht ganz so kleine Probleme zu bewältigen, aber ein großes Problem hängt über ihr als Schwert des Damokles, weil sich an ihm entscheidet, ob die Union ein dauerhaftes Leben haben wird oder doch noch ihre Kraft verliert: Wer schließt die Kluft zwischen den großen Sonntagsreden über Europas Zukunft und den kleinlichen Realitäten des europäischen Alltags? Allen, die je in europäischen Institutionen tätig waren, ist der Widerspruch wohl bewusst. Am meisten gilt das für die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Um gewählt zu werden, haben sie zu den Bürgern von Krieg und Frieden gesprochen, und von der Notwendigkeit, ein Gegengewicht zu anderen Supermächten – heutzutage zu der einen großen Supermacht – zu schaffen. Sind sie aber gewählt, dann bringen sie viel Zeit zum Beispiel mit der Harmonisierung der Richtlinien für den Lärm von Baumaschinen zu, und von Weltpolitik ist kaum noch die Rede.⁹¹

Gehler:

Worin erblicken Sie eine der größten Herausforderungen der EU?

Dahrendorf:

Besonders drastisch wird die Kluft jeweils neuen Beitrittskandidaten bewusst. Die jetzt beitretenden postkommunistischen Länder haben lange davon geträumt, nach Europa zurückzukehren. Darunter verstanden sie den Weg in eine Gemeinschaft der Werte, mit der sie sich seit langem verbunden fühlten. In den Beitrittsverhandlungen aber begegneten ihnen ganz andere Erfahrungen. Die Altmitglieder zwangen sie dort, allerlei teure Vorschriften zu akzeptieren. Am Ende der Verhandlungen ging ein großes Gefeielsche um Geld los. Dieses Mal war das so „erfolgreich“, dass die neuen – und armen – Mitglieder sich als Nettozahler wiederfanden und sich nur durch haushalts-technische Verrenkungen in eine „Plus-minus-null“-Position bringen konnten. Die Verlegenheit der führenden Politiker der Kandidatenländer, die dies

91 Ebd. (2004), S. 305-306.

alles erlebten und dann ihren Wählern die EU schmackhaft machen mussten, war mit Händen zu greifen.⁹²

Gehler:

Welche Bedeutung kommt Ihrer Ansicht nach dem europäischen Binnenmarkt zu?

Dahrendorf:

Nun gilt es, einen Irrtum zu vermeiden: Das wirkliche Europa ist mit den Beispielen des Lärms von Baumaschinen und der Subvention des Tabakanbaus nur sehr unzulänglich beschrieben. Es ist tatsächlich in wichtigen Zügen ein Binnenmarkt geworden, und ein solcher Binnenmarkt ist keineswegs gering zu schätzen. Er stellt einen enormen Fortschritt an Mobilität gegenüber der Situation von 1945, 1957, ja 1969 dar. Zur Zeit des Kriegsendes, der Gründung der EWG und noch der wichtigen Gipfelkonferenz von Den Haag im Dezember 1969 war Europa fragmentiert und eine Art Hindernis-Parcours für alle, die Menschen, Güter, Dienstleistungen oder Geld von einem Teil zum anderen bringen wollten. In einer Serie von mutigen Grundsatzentscheidungen und mühevollen Detailinitiativen sind die Hindernisse abgebaut worden. Es entstand zuerst ein Gemeinsamer Markt, dann ein Europäischer Binnenmarkt.

Auch ist dies keineswegs alles. Zusätzlich zum Binnenmarkt hat sich in einer Reihe von wichtigen Politikbereichen eine Gewohnheit der Zusammenarbeit entwickelt, die heute nur noch von wenigen in Frage gestellt wird. Das gilt in manchen Bereichen der inneren Politik, insbesondere bei Fragen der Zuwanderung und der Bekämpfung der Kriminalität. Es gilt auch in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Jenseits dieser Kernbereiche sind regelmäßige Treffen von Ministern und Beamten selbstverständlich geworden.

Doch sollte die Gewohnheit der Zusammenarbeit nicht überschätzt werden. Intergouvernementale Kooperation ist schön und gut, schafft aber keine Supermacht. Die Wahrheit ist, dass es eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU nicht gibt und auch, soweit man sehen kann, nicht geben wird. Die Frage der Sitze im UN-Sicherheitsrat sagt alles: ein einziger Sitz

92 Ebd. (2004), S. 306.

für Europa mit Vetorecht muss ausgeschlossen werden. Die Irak-Politik ist im Übrigen nur das jüngste Beispiel dafür, dass die europäischen Länder, wenn es ernst wird, ihre eigenen nationalen Interessen in den Vordergrund stellen. Der Falklandkrieg, Frankreichs Afrika-Engagement, ja die deutsche Wiedervereinigung waren nur besonders sichtbare Beispiele des gleichen Phänomens.

Auch eine andere Tatsache darf nicht vergessen werden. Für ihre Ausgaben hat die EU eine Obergrenze von 1,24 Prozent ihres Bruttosozialprodukts gesetzt. Diese Grenze wird nicht erreicht und soll nach dem Willen der wichtigen Mitgliedsstaaten auf absehbare Zeit auch nicht erreicht werden. In den Staaten selbst aber sind die Regierungen für 40 Prozent oder mehr ihres BSP verantwortlich. Es wäre vielleicht übertrieben zu sagen, dass die Einzelstaaten daher vierzigmal so wichtig sind wie die EU; aber die Größenordnung des Unterschiedes darf doch nicht vergessen werden. An solchen Tatsachen sollte man die großen Worte messen, die manchen so leicht über die Lippen kommen, wenn sie von der Zukunft Europas reden.⁹³

Gehler:

Ist der Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“ aus der Mode gekommen und nicht mehr zeitgemäß?

Dahrendorf:

In seinem Entwurf für einen europäischen Verfassungsvertrag hat Giscard d'Estaing dem Denken in großen Worten neue Nahrung gegeben, als er alternative Namen für das Gebilde vorschlug: „Europäische Gemeinschaft“, „Europäische Union“, „Vereinigte Staaten von Europa“, „Vereintes Europa“. Von alledem kann heute gar nicht die Rede sein – und sollte auch nicht die Rede sein, wenn europäische Politiker nicht ihre Wähler, und am Ende sich selbst, irreführen wollen.

Die Kluft zwischen Europas Realität und den Visionen ist enorm, und die brennende europäische Frage ist: Wer schließt diese Kluft? Wird sie nämlich

93 Ebd. (2004), S. 306-307.

nicht geschlossen, dann wird die Seifenblase der Visionen eines Tages platzen und durch ihren schönen Schein werden auch die Realitäten Europas gefährdet.⁹⁴

Gehler:

Lassen Sie mich am Ende unseres aus Ihren Schriften und Werken rekonstruierten Gesprächs banal klingende, tatsächlich aber womöglich fundamentale oder gar ketzerische Fragen stellen: Warum eigentlich Europa? Warum braucht es seine Einigung? Warum muss es eine Finalität seiner Integration geben? Vor allem die letzte Frage interessiert dabei hinsichtlich eines neuen Selbstverständnisses der Europäischen Union.

Dahrendorf:

Sie hat es mit der Identität des neuen Europa zu tun, womit ich das ganze Europa in seiner neuen Gestalt nach 1989 und nach „9/11“ meine. Seit einiger Zeit schon ist es schwierig geworden, die Frage der *finalités Européennes* zu beantworten. Das ist die Sprache des Europäischen Konvents, und auch dessen Mitglieder haben es nicht leicht gefunden, ihr einen Inhalt zu geben. Warum Europa? Warum insbesondere soll es eine immer engere Union der demokratischen Länder Europas geben? Die Antworten der Nachkriegszeit, Deutschland einzubinden und den Frieden zu erhalten, sind durch historische Entwicklungen überholt worden. Die wirtschaftlichen Ziele der Förderung und Erhaltung des Wachstums durch einen gemeinsamen und am Ende einheitlichen Binnenmarkt sind zumindest prinzipiell erreicht. Während vieles zu tun bleibt, gibt es doch in dieser Hinsicht keine fundamental neuen Ziele, die zu definieren wären. Jacques Delors – vielleicht der bedeutendste Förderer Europas seit den Christdemokraten der Nachkriegszeit Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman – hat erreicht, was er wollte.⁹⁵

Gehler:

Liegt der Sinn der Finalität letztendlich im Streben der EU nach Stabilität einer liberalen Ordnung, die über Europa hinausreicht, sprich einer liberalen Weltordnung so fern sie uns auch noch erscheinen mag?

94 Ebd. (2004), S. 307-308.

95 Ebd. (2004), S. 332-333.

Dahrendorf:

Die Europäische Union (oder was immer der Name sein mag) bezieht ihre Kraft und ihren Sinn daraus, ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Wie die Vereinigten Staaten und daher mit den Vereinigten Staaten weist sie den Weg zu einer weiteren, am Ende allgemeinen Akzeptanz bestimmter Werte. Wenn man das Wort westlich nicht mag, kann man sie ebenso gut als die der liberalen Ordnung beschreiben, wengleich sie ihren Weg als die Werte des Westens begonnen haben. Rechtfertigen sie Interventionen in anderen Teilen der Welt, wo solche Werte systematisch missachtet werden? Ich glaube ja, obwohl wir auch hier Regeln setzen müssen, die unser Handeln leiten und begrenzen. Jedenfalls ist die Zeit gekommen, die Werte einer solchen Ordnung aufs Neue zu behaupten. Vielleicht brauchen wir einen Neuen Westen als Rahmen für die engagierte Verfolgung gemeinsamer Projekte des Friedens und Wohlstandes in Freiheit. Indes, ob alt oder neu, für die aufgeklärte Welt bleibt die liberale Ordnung des Westens Quelle der Identität.⁹⁶

Gehler:

Verehrter Sir Ralf Dahrendorf! Haben Sie den Dank der interessierten Leser und den Dank des mit Ihnen rückblickenden Gesprächspartners, der an Hand wesentlicher Ihrer Erinnerungen und Veröffentlichungen Ihre Gedanken hat damit Revue passieren lassen können.

96 Ebd. (2004), S. 336.

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 263 (2021) Muhammad Murad
Geo-economics of the European Union and the China Challenge
- C 264 (2021) Jette Knapp
Struggling to Find a Recipe for Peace – Ten Years of European Initiatives to End the Conflict in Syria
- C 265 (2021) Rahel Hutgens, Stephan Conermann
Macron's Idea of European Universities From Vision to Reality - The Implementation
- C 266 (2021) Kwan Lok Alan Ho
"Loud thunder, little rain" Participatory Democracy in the European Union
Examining the European Citizens' Initiative
- C 267 (2021) Ludger Kühnhardt
The post-corona world. A research agenda
- C 268 (2021) Daniel René Jung, Wolfgang Picken, Matteo Scotto, Liska Wittenberg (eds.)
Corona und die Verfassung Europas
- C 269 (2022) Ludger Kühnhardt
Karl Dietrich Bracher (1922-2016). Aus der Geschichte lernen.
- C 270 (2022) Michael Gehler
The Signing of the Rome Treaties 65 Years Ago: Origins, Provisions and Effects
- C 271 (2022) Milenko Petrovic
EU enlargement into the Western Balkans: a gloomy prospect gets gloomier
- C 272 (2022) Merit Thummes
Europäische Parteien als Antrieb für die europäische Integration?
- C 273 (2022) Henrik Suder
Die Wirkung der Staatsschuldenkrise auf das Legitimitätsniveau der Europäischen Union
- C 274 (2022) Ludger Kühnhardt
Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“
- C 275 (2023) Kateryna Khalabuzar
The Evolution of the EU's Perception Towards Ukraine
- C 276 (2023) Simon Jerome Dietewich
Kritische Rohstoffe in der EU – Herausforderungen und Handlungsfelder
- C 277 (2023) Ludger Kühnhardt
Die Päpste, Europas Einigung und ein zerrissener Kontinent
Eine Zwischenbilanz im Lichte der gegenwärtigen Krisen in Kirche und Welt
- C 278 (2023) Ralf Dahrendorf
Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>. For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.

